

8. Änderung des FNP Stadt Wittstock/Dosse - Teilbereich „Fretzdorf - Steinstraße / Jägerstraße“
Auswertung der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und Abstimmung mit Nachbargemeinden

Ifd. Nr.	TÖB	Schreiben vom	Stellungnahme Anregungen/Hinweis	Empfehlungen zur Abwägung
01	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung Gemeinsame Landesplanungsabteilung	17.12.2018	<p>Es ist derzeit kein Widerspruch zu Zielen der Raumordnung zu erkennen. (s. Erläuterung)</p> <p>Erläuterungen Vorgesehen ist die Schaffung von Planungsrecht für die Sicherung und Entwicklung gewerblicher Bauflächen zwischen der BAB 24 (Höhe der AS Herzsprung) und der Ortslage Fretzdorf - hier: Bereiche des Vorhaben- und Erschließungsplanes Nr. 1 (ehem. Beton- und Kalksandsteinwerk) und des Vorhaben- und Erschließungsplanes Nr. 3 (Gartenbaubetrieb). Wir verweisen auf die Mitteilung der Ziele, Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung vom 06.06.2017 zum Bebauungsplan Nr. 04/2006 „Fretzdorf - Steinstraße“ sowie vom 18.07.2017 zum Bebauungsplan Nr. 02/2017 „Fretzdorf - Jägerstraße“, die auch zum hier vorliegenden adäquaten Änderungsentwurf des Flächennutzungsplanes Gültigkeit behalten.</p> <p>Umweltprüfung Zum erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung bestehen von Seiten der Landesplanung keine Anforderungen. Eigene umweltbezogene Informationen liegen der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung nicht vor.</p> <p>Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung der Planungsabsicht Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 235) Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg (LEP B-B)</p>	<p>Kenntnisnahme und Aufnahme in die Begründung.</p> <p>Kenntnisnahme. Die Stellungnahmen des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung, Gemeinsame Landesplanungsabteilung vom 06.06.2017 zum Bebauungsplan Nr. 04/2006 „Fretzdorf - Steinstraße“ sowie vom 18.07.2017 zum Bebauungsplan Nr. 02/2017 „Fretzdorf - Jägerstraße“ werden nachfolgend noch einmal kursiv abgedruckt.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>

01	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung Gemeinsame Landesplanungsabteilung	17.12.2018	<p>in der Fassung der Verordnung vom 27.05.2015 (GVBl. II, Nr. 24), in Kraft getreten mit Wirkung vom 15.05.2009</p> <p>Bindungswirkung Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sind Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Die Ziele der Raumordnung können im Rahmen der Abwägung nicht überwunden werden. Die für die Planung relevanten Grundsätze der Raumordnung sind aus dem o.g. Rechtsgrundlagen von der Kommune eigenständig zu ermitteln und im Rahmen der Abwägung angemessen zu berücksichtigen.</p> <p>Hinweise</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) befindet sich z. Zt. im Aufstellungsverfahren. Der 2. Entwurf zum LEP HR wurde am 19.12.2017 von den Landesregierungen in Berlin und Brandenburg gebilligt, die öffentliche Auslegung ist abgeschlossen. Der Entwurf des LEP HR kommt bei der Beurteilung der Planungsabsicht jedoch noch nicht zur Anwendung, da für die hier relevanten Regelungsbereiche der LEP B-B bis zum Inkrafttreten des LEP HR verbindlich bleibt. • Diese Stellungnahme gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planung geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt. • Für elektronische Beteiligungen bitten wir, ausschließlich unser Referatspostfach zu nutzen: gl5.post@gl.berlin-brandenburg.de • Information für den Fall der Erhebung personenbezogener Daten s. https://gl.berlin-brandenburg.de/service/info-personenbezogene-daten-gl-5.pdf 	<p>Kenntnisnahme und Beachtung.</p> <p>Kenntnisnahme und Beachtung der Hinweise.</p>
----	---	------------	--	--

01	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung Gemeinsame Landesplanungsabteilung	17.12.2018	<p>Das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung, Gemeinsame Landesplanungsabteilung hat zum Bebauungsplan Nr. 04/2006 „Fretzdorf - Steinstraße“ mit Schreiben vom 06.06.2017 folgende Stellungnahme abgegeben:</p> <p><i>Zu der angezeigten Planungsabsicht wird mitgeteilt, dass gemäß Art. 12 des Landesplanungsvertrages in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.02.2012 (GVBl. I Nr. 14) die Ziele, Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung mitgeteilt werden.</i></p> <p>Planungsabsicht <i>Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung einer gewerblichen Baufläche. Der ca. 9,5 ha große Geltungsbereich liegt angrenzend an weitere Gewerbegebiete bzw. autobahnaffine Anlagen zwischen der Ortslage Fretzdorf und der BAB 24 in Höhe der Anschlussstelle Herzsprung. Das Areal ist aufgrund der Vornutzung durch ein Betonstein- und Kalksandsteinwerk nahezu gänzlich versiegelt und zum Teil hochbaulich geprägt.</i></p> <p>Beurteilung der Planungsabsicht <u>Rechtliche Grundlagen</u> <u>zur Beurteilung der Planungsabsicht</u> <i>Für die vorgelegte Planung ergeben sich die Erfordernisse der Raumordnung insbesondere aus:</i> <ul style="list-style-type: none"> - dem Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007, GVBl. I, Nr. 17, S. 235) und - der Verordnung über den Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg (LEP B-B) vom 27.05.2015 (GVBl. II, Nr. 24), in Kraft getreten mit Wirkung vom 15.05.2009 </p>	<p>Die Stadt Wittstock/Dosse hat dazu wie folgt ausgeführt:</p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p>
----	---	------------	---	--

01	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung Gemeinsame Landesplanungsabteilung	17.12.2018	<p><u>Ziele und Grundsätze der Raumordnung</u> Für die Beurteilung sind insbesondere folgende Ziele und Grundsätze relevant:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ziel 2.9 LEP B-B: Wittstock/Dosse ist Mittelzentrum in Funktionsteilung mit Pritzwalk; - Grundsatz 2.10 LEP B-B: Konzentration der gehobenen Funktionen der Daseinsvorsorge mit regionaler Bedeutung, wie u.a. Wirtschaftsfunktionen für den jeweiligen Mittelbereich in den Mittelzentren; - Grundsatz 2.11 LEP B-B: Mittelzentren in Funktionsteilung sollen in enger Abstimmung über die jeweilige mittelzentrale Funktionswahrnehmung gemeinsam die Versorgungsfunktion für den gemeinsamen Mittelbereich übernehmen; - Grundsatz 4.4 Abs. 1 LEP B-B: Wiedernutzung von Konversionsflächen im räumlichen Zusammenhang zu vorhandenen Siedlungsgebieten; - Grundsatz aus § 2 Abs. 3 LEPro 2007: Erschließung und Weiterentwicklung neuer Wirtschaftsfelder in den ländlichen Räumen; - Grundsätze aus § 5 Abs. 2-3 LEPro 2007 und 4.1 LEP B-B: Ausrichtung der Siedlungsentwicklung auf Zentrale Orte und raumordnerisch festgelegte Siedlungsbereiche; Vorrang der Innenentwicklung; Priorität von Erhaltung und Umgestaltung des baulichen Bestandes in vorhandenen Siedlungsbereichen und der Reaktivierung von Siedlungsbrachflächen; Inanspruchnahme vorhandener Infrastruktur; verkehrssparende Siedlungsstrukturen; räumliche Zuordnung der Funktionen Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Erholung; 	Kenntnisnahme.
----	---	------------	---	----------------

01	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung Gemeinsame Landesplanungsabteilung	17.12.2018	<p>- Grundsätze aus § 6 LEPro 2007: Sicherung und Entwicklung der Naturgüter Boden, Wasser, Luft, Pflanzen- und Tierwelt in ihrer Funktions- und Regenerationsfähigkeit sowie ihrem Zusammenwirken; den Anforderungen des Klimaschutzes soll Rechnung getragen werden; Vermeidung von Freirauminanspruchnahme.</p> <p><u>Bewertung</u> In der Festlegungskarte 1 des LEP B-B sind für den Geltungsbereich keine flächenbezogenen Festlegungen enthalten.</p> <p>Die dargelegte Planungsabsicht lässt zum derzeitigen Planungsstand keinen Widerspruch zu den Zielen der Raumordnung erkennen.</p> <p>Die genannten Grundsätze der Raumordnung sind als Abwägungsdirektiven angemessen zu berücksichtigen. Dieses sollte in der Begründung des Bebauungsplanes dokumentiert werden.</p> <p>Hinweise: Der am 19.07.2016 von den Landesregierungen in Berlin und Brandenburg gebilligte Entwurf zum Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) befindet sich z.Zt. im Aufstellungsverfahren.</p> <p>Der Entwurf des LEP HR kommt bei der Beurteilung der vorliegenden Planungsabsicht noch nicht zur Anwendung, da für die hier relevanten Regelungsbereiche die Festlegungen des rechtswirksamen LEP B-B bis zum Inkrafttreten des LEP HR verbindlich bleiben.</p> <p>Der am 26.04.2017 von der Regionalversammlung der RPG Prignitz-Oberhavel gebilligte 2. Entwurf des Regionalplans Prignitz-Oberhavel - Sachlicher Teilplan „Frei-</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme und Ergänzung der Begründung.</p> <p>Kenntnisnahme und Ergänzung der Begründung.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>
----	---	------------	--	---

01	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung Gemeinsame Landesplanungsabteilung	17.12.2018	<p><i>raum und Windenergie“ befindet sich z.Zt. im Aufstellung und Beteiligungsverfahren.</i></p> <p><i>Diese Mitteilung gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planung geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden.</i></p> <p><i>Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt.</i></p>	<p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p>
			<p>Das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung, Gemeinsame Landesplanungsabteilung hat zum Bauungsplan Nr. 02/2017 „Fretzdorf - Jägerstraße“ mit Schreiben vom 18.07.2017 folgende Stellungnahme abgegeben:</p> <p><i>Zu der angezeigten Planungsabsicht wird mitgeteilt, dass gemäß Art. 12 des Landesplanungsvertrages in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.02.2012 (GVBl. I Nr. 14) die Ziele, Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung mitgeteilt werden.</i></p> <p>Planungsabsicht <i>Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung gewerblicher Bauflächen. Der ca. 21,1 ha große Geltungsbereich liegt angrenzend an weitere Gewerbegebiete bzw. autobahnaffine Anlagen zwischen der Ortslage Fretzdorf und der BAB 24 in Höhe der Anschlussstelle Herzsprung. Das Areal ist aufgrund der Nutzung durch ein Gartenbaubetrieb (Gewächshaus und Vermarktungshäuser / Produktion und Großhandel) im erheblichen Umfang hochbaulich geprägt und versiegelt.</i></p> <p>Beurteilung der Planungsabsicht <u>Rechtliche Grundlagen</u></p>	<p>Die Stadt Wittstock/Dosse hat dazu wie folgt ausgeführt:</p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p>

01	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung Gemeinsame Landesplanungsabteilung	17.12.2018	<p><u>zur Beurteilung der Planungsabsicht</u> Für die vorgelegte Planung ergeben sich die Erfordernisse der Raumordnung insbesondere aus:</p> <ul style="list-style-type: none"> - dem Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007, GVBl. I, Nr. 17, S. 235) und - der Verordnung über den Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg (LEP B-B) vom 27.05.2015 (GVBl. II, Nr. 24), in Kraft getreten mit Wirkung vom 15.05.2009 	Kenntnisnahme.
			<p><u>Ziele und Grundsätze der Raumordnung</u> Für die Beurteilung sind insbesondere folgende Ziele und Grundsätze relevant:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ziel 2.9 LEP B-B: Wittstock/Dosse ist Mittelzentrum in Funktionsteilung mit Pritzwalk; - Grundsatz 2.10 LEP B-B: Konzentration der gehobenen Funktionen der Daseinsvorsorge mit regionaler Bedeutung, wie u.a. Wirtschaftsfunktionen für den jeweiligen Mittelbereich in den Mittelzentren; - Grundsatz 2.11 LEP B-B: Mittelzentren in Funktionsteilung sollen in enger Abstimmung über die jeweilige mittelzentrale Funktionswahrnehmung gemeinsam die Versorgungsfunktion für den gemeinsamen Mittelbereich übernehmen; - Grundsatz aus § 2 Abs. 3 LEPro 2007: Erschließung und Weiterentwicklung neuer Wirtschaftsfelder in den ländlichen Räumen; - Grundsätze aus § 5 Abs. 2-3 LEPro 2007 und 4.1 LEP B-B: Ausrichtung der Siedlungsentwicklung auf Zentrale Orte und raumordnerisch festgelegte Siedlungsbereiche; Vorrang der Innenentwicklung; Priorität von Erhaltung und Umgestaltung des baulichen Bestandes in vorhandenen Siedlungsbereichen und der Reaktivierung von Siedlungsbrachflächen; Inanspruchnahme vorhandener Infrastruktur; verkehrssparende Siedlungsstrukturen; räumliche Zuordnung der Funktionen Wohnen, Arbeiten, Versorgung und 	Kenntnisnahme und Ergänzung der Begründung.

01	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung Gemeinsame Landesplanungsabteilung	17.12.2018	<p><i>Erholung;</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - <i>Grundsätze aus § 6 LEPro 2007: Sicherung und Entwicklung der Naturgüter Boden, Wasser, Luft, Pflanzen- und Tierwelt in ihrer Funktions- und Regenerationsfähigkeit sowie ihrem Zusammenwirken; den Anforderungen des Klimaschutzes soll Rechnung getragen werden; Vermeidung von Freirauminanspruchnahme.</i> <p><u>Bewertung</u> <i>In der Festlegungskarte 1 des LEP B-B sind für den Geltungsbereich keine flächenbezogenen Festlegungen enthalten.</i></p> <p><i>Die dargelegte Planungsabsicht lässt zum derzeitigen Planungsstand keinen Widerspruch zu den Zielen der Raumordnung erkennen.</i></p> <p><i>Die genannten Grundsätze der Raumordnung sind als Abwägungsdirektiven angemessen zu berücksichtigen. Dieses sollte in der Begründung des Bebauungsplanes dokumentiert werden.</i></p> <p><u>Umweltprüfung</u> <i>Zum erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung bestehen von Seiten der Landesplanung keine Anforderungen.</i></p> <p><i>Eigene umweltbezogene Informationen liegen der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung nicht vor.</i></p> <p>Hinweise: <i>Der am 19.07.2016 von den Landesregierungen in Berlin und Brandenburg gebilligte Entwurf zum Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) befindet sich z.Zt. im Aufstellungsverfahren.</i></p>	<p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme und Ergänzung der Begründung.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme und Ergänzung der Begründung.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p>
----	---	------------	--	---

01	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung Gemeinsame Landesplanungsabteilung	17.12.2018	<p><i>Der Entwurf des LEP HR kommt bei der Beurteilung der vorliegenden Planungsabsicht noch nicht zur Anwendung, da für die hier relevanten Regelungsbereiche die Festlegungen des rechtswirksamen LEP B-B bis zum Inkrafttreten des LEP HR verbindlich bleiben.</i></p> <p><i>Der am 26.04.2017 von der Regionalversammlung der RPG Prignitz-Oberhavel gebilligte 2. Entwurf des Regionalplans Prignitz-Oberhavel - Sachlicher Teilplan „Freiraum und Windenergie“ befindet sich z.Zt. im Aufstellungs- und Beteiligungsverfahren.</i></p> <p><i>Diese Mitteilung gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planung geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden.</i></p> <p><i>Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt.</i></p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>
02	Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel Regionale Planungsstelle	08.01.2019	<p>Wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 29.11.2018 (Posteingang: 30.11.2018) und möchten Ihnen hiermit die regionalplanerische Stellungnahme zu dem oben genannten Verfahren mitteilen.</p> <p>Die Belange der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel basieren auf den folgenden Erfordernissen der Raumordnung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Rohstoffsicherung / Windenergienutzung" (ReP-Rohstoffe) vom 24.11.2010 (ABl. 2012 S. 1659) - Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Freiraum und Windenergie" (ReP FW) vom 21.11.2018 <p>Der Vorentwurf der 8. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wittstock/Dosse (Stand: September</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme und Aufnahme in die Begründung.</p>

02		<p>2018) ist mit den Belangen der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel vereinbar.</p> <p>Begründung Die Änderung des Flächennutzungsplanes betrifft eine ca. 38,3 ha große Fläche nördlich der Ortslage Fretzdorf. An Stelle der bisher dargestellten Industriegebiete, des Sondergebietes mit der Zweckbestimmung "Gartenbau" sowie untergeordneten Flächen für die Ver- und Entsorgung mit der Zweckbestimmung "Abwasser" und der Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft sollen nun Gewerbegebiete bzw. eingeschränkte Gewerbegebiete sowie untergeordnet ein Mischgebiet und Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft dargestellt werden.</p> <p>Die grundlegenden Planungsabsichten waren im Rahmen der Behördenbeteiligungen zu den Bebauungsplänen Nr. 04/2006 "Fretzdorf - Steinstraße" und 02/2017 "Fretzdorf - Jägerstraße" bereits Gegenstand regionalplanerischer Stellungnahme (vgl. Schreiben vom 06.07.2017 und 11.12.2016). Seinerzeit ist die grundsätzliche Vereinbarkeit mit den Erfordernissen der Regionalplanung festgestellt worden. Bedenken wurden im Zusammenhang mit einem Beherbergungsbetrieb geäußert. Diese sind im vorliegenden Fall nicht relevant.</p> <p>Der Geltungsbereich der Änderung des Flächennutzungsplanes tangiert im Osten das Vorbehaltsgebiet "Historisch bedeutsame Kulturlandschaft" Nr. 5 "Wittstocker Dosseniederung - Prignitzer Heide" (vgl. Festlegungskarte ReP FW). Die Vorbehaltsgebiete sollen vor einer raumbedeutsamen Inanspruchnahme geschützt werden, welche die bestehenden Qualitäten der Landschaft entwerten oder stark überprägen könnte (vgl. 2.1 (G) ReP FW). Die Planung begründet unter Berücksich-</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme. Die Stellungnahmen der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel vom 06.07.2017 zum Bebauungsplan Nr. 02/2017 „Fretzdorf - Jägerstraße“ sowie vom 11.12.2017 zum Bebauungsplan Nr. 04/2006 „Fretzdorf - Steinstraße“ werden nachfolgend noch einmal kursiv abgedruckt.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>
----	--	---	---

02	Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel Regionale Planungsstelle	08.01.2019	<p>tigung der Lage und des Bestandes dahingehend keinen Widerspruch.</p> <p>Hinweise: Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Rohstoffsicherung / Windenergienutzung" wurde mit Bescheid vom 14.02.2012 teilweise genehmigt. Von der Genehmigung ausgenommen sind die Festlegung des Vorbehaltsgebietes Nr. 65 "Sicherung oberflächennaher Rohstoffe" sowie die Festlegungen zur "Steuerung der Windenergienutzung". Der Regionalplan wurde zum Zwecke der Bekanntmachung entsprechend redaktionell angepasst und trägt nunmehr die Bezeichnung Regionalplan "Rohstoffsicherung".</p> <p>Der Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Freiraum und Windenergie" wurde am 21.11.2018 von der Regionalversammlung als Satzung beschlossen. Die Satzung bedarf noch der Genehmigung durch die Gemeinsame Landesplanungsabteilung.</p> <p>Von den regionalplanerischen Zielen gehen eine Anpassungspflicht gemäß § 1 Abs. 4 BauGB bzw. eine Beachtungspflicht gemäß § 4 ROG aus. Die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind in der Abwägung zu berücksichtigen (ebd.).</p> <p>Durch die regionalplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.</p> <p>Nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens bitten wir um Information über den Planungsfortgang, Insbesondere bitten wir um Zusendung des Abwägungsergebnisses sowie der genehmigten Satzung.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme und Beachtung.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme und Beachtung.</p>
----	--	------------	--	---

02	Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel Regionale Planungsstelle	08.01.2019	<p>Die Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel hat zum Bebauungsplan Nr. 02/2017 „Fretzdorf - Jägerstraße“ mit Schreiben vom 06.07.2017 folgende Stellungnahme abgegeben:</p> <p><i>Die Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel bedankt sich für das Schreiben vom 14.06.2017 (Posteingang: 21.06.2017) und möchte hiermit die regionalplanerische Stellungnahme mitteilen.</i></p> <p><i>Die Belange der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel basieren auf den folgenden Erfordernissen der Raumordnung:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - <i>Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan „Windenergienutzung“ (ReP-Wind) vom 05.03.2003 (ABl. S. 843)</i> - <i>Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan „Rohstoffsicherung / Windenergienutzung“ (ReP-Rohstoffe) vom 24.11.2010 (ABl. 2012, S. 1659)</i> - <i>2. Entwurf des Regionalplanes Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan „Freiraum und Windenergie“ (ReP FW) vom 26.04.2017</i> <p><i>Der Vorentwurf des Bebauungsplanes Nr. 02/2017 „Fretzdorf - Jägerstraße“ der Stadt Wittstock/Dosse ist mit den Belangen der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel bedingt vereinbar.</i></p> <p><i>Begründung:</i> <i>Der Bebauungsplan hat die städtebauliche Ordnung und Sicherung einer ca. 21,1 ha großen Fläche westlich der Ortslage Fretzdorf als Gewerbegebiet bzw. eingeschränktes Gewerbegebiet zum Inhalt. Es sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Sicherung</i></p>	<p>Die Stadt Wittstock/Dosse hat dazu wie folgt ausgeführt:</p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme und Aufnahme in die Begründung.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p>
----	--	------------	---	--

02	Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel Regionale Planungsstelle	08.01.2019	<p><i>und Erweiterung bestehender Nutzungen sowie die Errichtung und/oder Nutzungsänderung neuer Gewerbebetriebe (z.B. Anlagen der Beherbergung) geschaffen werden. Zulässig sind hauptsächlich Gewerbebetriebe. Ausnahmsweise sind Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie Betriebsinhaber und -leiter zulässig. Die Höhe baulicher Anlagen wird auf 12 m begrenzt.</i></p> <p><i>Der Regionalplan trifft für den in Rede stehenden räumlichen Geltungsbereich keine zeichnerischen Festlegungen. Im Nahbereich befindet sich das Windeignungsgebiet Nr. 18 „Fretzdorf - Herzsprung“ (vgl. Festlegungskarte ReP FW). Planungen und Maßnahmen außerhalb von Eignungsgebieten für die Windenergienutzung, welche die Windenergienutzung innerhalb der Eignungsgebiete einschränken und beeinträchtigen, sollen vermieden werden (vgl. 3.4 (G) ReP FW).</i></p> <p><i>Bedenken: Ein Beherbergungsbetrieb ist hinsichtlich der immissionsschutzrechtlichen Anforderungen grundsätzlich eine dem Wohnen vergleichbare Nutzung. Vor diesem Hintergrund widerspricht die Nutzung dem zuvor genannten Grundsatz.</i></p> <p><i>Anregung: Die ausnahmsweise Zulässigkeit von Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonal sowie für Betriebsinhaber und -leiter sind nicht zu beanstanden. Der Beherbergungsbetrieb sollte jedoch entfallen. Zumal auch im benachbarten Bebauungsplan Nr. 04/2006 „Fretzdorf - Steinstraße“ Beherbergungsbetriebe entstehen sollen.</i></p> <p><i>Hinweise:</i> <i>Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan „Rohstoffsicherung / Windenergienutzung“ wurde mit Bescheid vom 14.02.2012 teilweise genehmigt. Von der Genehmigung ausgenommen sind</i></p>	<p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme. In Abstimmung mit dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung wird entsprechend des erstellten Schallgutachtens im Bebauungsplan ein Mischgebiet festgesetzt, um die vorhandenen Arbeiterunterkünfte auf eine belastbare bauleitplanerische Basis zu stellen.</i></p> <p><i>Ein raumordnerischer / regionalplanerischer Vorbehalt ergibt sich hierdurch jedoch nicht.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme und Beachtung.</i></p>
----	--	------------	--	--

02	Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel Regionale Planungsstelle	08.01.2019	<p><i>die Festlegung des Vorbehaltsgebietes Nr. 65 „Sicherung oberflächennaher Rohstoffe“ sowie die Festlegungen zur „Steuerung der Windenergienutzung“. Der Regionalplan wurde zum Zwecke der Bekanntmachung entsprechend redaktionell angepasst und trägt nunmehr die Bezeichnung Regionalplan „Rohstoffsicherung“.</i></p> <p><i>Der Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan „Freiraum und Windenergie“ wurde am 26.04.2017 von der Regionalversammlung als 2. Entwurf gebilligt. Die in Aufstellung befindlichen Ziele des Regionalplanes gelten als sonstige Erfordernisse der Raumordnung (§ 3 Abs. 1 Nr. 4 ROG).</i></p> <p><i>Maßgebliche Beurteilungsgrundlage für die raumordnerische Steuerung der Windenergienutzung ist der Sachliche Teilplan „Windenergienutzung“ vom 05.03.2003.</i></p> <p><i>Von den regionalplanerischen Zielen gehen eine Anpassungspflicht gemäß § 1 Abs. 4 BauGB bzw. eine Beachtungspflicht gemäß § 4 ROG aus. Die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind in der Abwägung zu berücksichtigen (ebd.).</i></p> <p><i>Durch die regionalplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.</i></p> <p><i>Nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens bittet die Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel um Information über den Planungsfortgang. Insbesondere bittet die RPG um die Zusendung des Abwägungsergebnisses sowie der genehmigten Satzung.</i></p>	<p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme und Beachtung.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme und Beachtung.</i></p> <hr/> <p>Die Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberha-</p>
				Die Stadt Wittstock/Dosse hat dazu wie folgt ausge-

02	Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel Regionale Planungsstelle	08.01.2019	<p>vel hat zum Bebauungsplan Nr. 04/2006 „Fretzdorf - Steinstraße“ mit Schreiben vom 11.12.2017 folgende Stellungnahme abgegeben:</p> <p><i>Die Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel bedankt sich für das Schreiben vom 05.12.2017 (Posteingang: 08.12.2017) und möchte hiermit die regionalplanerische Stellungnahme zu dem oben genannten Verfahren mitteilen.</i></p> <p><i>Die Belange der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel basieren auf den folgenden Erfordernissen der Raumordnung:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - <i>Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan „Windenergienutzung“ (ReP-Wind) vom 05.03.2003 (ABl. S. 843)</i> - <i>Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan „Rohstoffsicherung / Windenergienutzung“ (ReP-Rohstoffe) vom 24.11.2010 (ABl. 2012, S. 1659)</i> - <i>2. Entwurf des Regionalplanes Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan „Freiraum und Windenergie“ (ReP FW) vom 26.04.2017</i> <p><i>Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 04/2006 „Fretzdorf - Steinstraße“ der Stadt Wittstock/Dosse ist mit den Belangen der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel vereinbar.</i></p> <p><i>Begründung:</i> <i>Der Bebauungsplan hat die städtebauliche Entwicklung einer ca. 9,5 ha großen Fläche westlich der Ortslage Fretzdorf als Gewerbegebiet zum Inhalt. Es sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die gewerbliche Nachnutzung des ehemaligen Beton- und Kalksandsteinwerkes geschaffen werden. Zulässig sind grundsätzlich zwei- bis dreigeschossige Gewerbebetriebe aller</i></p>	<p>führt:</p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Die Bestätigung/Mitteilung, dass der Entwurf des Bebauungsplans mit den Belangen der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel vereinbar ist, wird zur Kenntnis genommen - nicht abwägungsrelevant.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p>
----	--	------------	---	---

02	Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel Regionale Planungsstelle	08.01.2019	<p><i>Art, Geschäfts-, Büro und Verwaltungsgebäude sowie Tankstellen. Ausnahmsweise sind Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und -leiter zulässig. Darüber hinaus wird vom Grundstückseigentümer ein Beherbergungsbetrieb angestrebt. Die Höhe baulicher Anlagen wird auf 12 m bzw. 15 m begrenzt.</i></p> <p><i>Der Bebauungsplan war im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung bereits Gegenstand regionalplanerischer Stellungnahme (vgl. Schreiben vom 17.05.2017). Seinerzeit ist die bedingte Vereinbarkeit mit den Erfordernissen der Regionalplanung festgestellt worden. Bedenken wurden im Zusammenhang mit der Zulässigkeit von Beherbergungsbetrieben vorgebracht. Der Begriff ist dahingehend geschärft worden, dass nunmehr klargestellt wird, dass es sich um Unterkünfte für einen ständig wechselnden Personenkreis handelt. Hierdurch wird der gewerbliche Charakter betont. Es wird davon ausgegangen, dass die allgemeinen immissionsschutzrechtlichen Anforderungen an Gewerbegebiete gelten. Insofern gelten die Bedenken als ausgeräumt.</i></p> <p><i>Hinweise:</i> <i>Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan „Rohstoffsicherung / Windenergienutzung“ wurde mit Bescheid vom 14.02.2012 teilweise genehmigt. Von der Genehmigung ausgenommen sind die Festlegung des Vorbehaltsgebietes Nr. 65 „Sicherung oberflächennaher Rohstoffe“ sowie die Festlegungen zur „Steuerung der Windenergienutzung“. Der Regionalplan wurde zum Zwecke der Bekanntmachung entsprechend redaktionell angepasst und trägt nunmehr die Bezeichnung Regionalplan „Rohstoffsicherung“.</i></p> <p><i>Der Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan „Freiraum und Windenergie“ wurde am 26.04.2017</i></p>	<p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p>
----	--	------------	--	--

02	Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel Regionale Planungsstelle	08.01.2019	<p><i>von der Regionalversammlung als 2. Entwurf gebilligt. Die in Aufstellung befindlichen Ziele des Regionalplanes gelten als sonstige Erfordernisse der Raumordnung (§ 3 Abs. 1 Nr. 4 ROG).</i></p> <p><i>Maßgebliche Beurteilungsgrundlage für die raumordnerische Steuerung der Windenergienutzung ist der Sachliche Teilplan „Windenergienutzung“ vom 05.03.2003.</i></p> <p><i>Von den regionalplanerischen Zielen gehen eine Anpassungspflicht gemäß § 1 Abs. 4 BauGB bzw. eine Beachtungspflicht gemäß § 4 ROG aus. Die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind in der Abwägung zu berücksichtigen (ebd.).</i></p> <p><i>Durch die regionalplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.</i></p> <p><i>Nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens bittet die Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel um Information über den Planungsfortgang. Insbesondere bittet die RPG um die Zusendung des Abwägungsergebnisses sowie der genehmigten Satzung.</i></p>	<p><i>Kenntnisnahme und Beachtung der Mitteilung der RPG-PO gemäß Schreiben vom 27.03.2018 über Festlegung „...keine weitere Anwendung des sachlichen Teilplans „Windenergienutzung 2003“.</i> <i>Das Schreiben ist Anlage zu dieser Abwägung.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme und Beachtung.</i></p>
03	Landesamt für ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung Landentwicklung und Flurneuordnung	09.01.2019	<p><i>Das Landesamt für ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung äußert keine Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o.ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können.</i></p> <p><i>Das Landesamt für ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung hat keine beabsichtigten</i></p>	<p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p>

03	Landesamt für ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung Landentwicklung und Flurneuordnung	09.01.2019	<p>eigenen Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können.</p> <p>Bedenken und Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan: Hinsichtlich des erforderlichen Umfangs und Detaillierungsgrades der Umweltprüfung werden keine gesonderten Anforderungen gestellt.</p>	Kenntnisnahme.
04	Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe	17.12.2018	<p>Im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit für bergbauliche und geologische Belange äußert sich das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) auf der Grundlage der ihm vorliegenden Unterlagen und seiner regionalen Kenntnisse zu o.g. Planung wie folgt:</p> <p>Keine Betroffenheit durch die Planung.</p> <p>Keine Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o.ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können.</p> <p>Keine beabsichtigten eigenen Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können.</p> <p>Geologie Auskünfte zur Geologie, insbesondere zu den Themen Boden, Hydrogeologie und Geothermie, können über den Webservice des LBGR angefragt werden.</p> <p>Außerdem weisen wir auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht hin (§§ 3,4 und 5 Abs. 2 Satz 1 Lagerstättengesetz).</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme. Keine erneute Beteiligung, da nicht berührt.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>

05	IHK Potsdam	11.01.2019	<p>Die Stadt Wittstock entwickelt die Bebauungspläne Nr. 02/2017 sowie 04/2006 um die Voraussetzung für die Neuansiedlung von Gewerbebetrieben zu ermöglichen. Die Änderungen im Flächennutzungsplan sind zur planungsrechtlichen Sicherung notwendig.</p> <p>Mit Schreiben vom 13.06.2017 und vom 18.07.2017 haben wir uns zu den genannten Bebauungsplänen geäußert. Das Planungsvorhaben ist aus unserer Sicht sinnvoll und nachvollziehbar. Eine Nachnutzung der Gewerbeflächen wird von Seiten der IHK Potsdam ausdrücklich befürwortet.</p> <p>Um weitere Einbeziehung wird gebeten.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme. Die Stellungnahmen der IHK Potsdam vom 13.06.2017 zum Bebauungsplan Nr. 04/2006 „Fretzdorf - Steinstraße“ und vom 18.07.2017 zum Bebauungsplan Nr. 02/2017 „Fretzdorf - Jägerstraße“ werden nachfolgend noch einmal kursiv abgedruckt.</p> <p>Kenntnisnahme. Die IHK wird weiterhin am Planverfahren beteiligt.</p>
			<p>Die IHK Potsdam hat zum Bebauungsplan Nr. 04/2006 „Fretzdorf - Steinstraße“ mit Schreiben vom 13.06.2017 folgende Stellungnahme abgegeben:</p> <p><i>Die Stadt Wittstock beabsichtigt eine vorhandene Gewerbefläche, für die 1992 ein Vorhaben- und Erschließungsplan zum Zwecke der Ansiedlung eines Beton- und Kalksandsteinwerkes aufgestellt wurde, nach dessen Aufhebung einer sinnvollen gewerblichen Nachnutzung zuzuführen. Zur Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Neuansiedlung von Gewerbebetrieben, insbesondere eines landwirtschaftlichen Produktionsbetriebes, ist die Festsetzung von allgemein gehaltenen Gewerbeflächen erforderlich.</i></p> <p><i>Seitens der Industrie- und Handelskammer Potsdam bestehen keine Bedenken gegen den Vorentwurf des Bebauungsplanes. Eine sinnvolle Nachnutzung von aufgegebenen Gewerbeflächen in Siedlungsgebieten wird von Seiten der IHK Potsdam ausdrücklich befürwor-</i></p>	<p>Die Stadt Wittstock/Dosse hat dazu wie folgt ausgeführt:</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>

05	IHK Potsdam	11.01.2019	<p><i>tet. Die Festsetzung der Art und des Maßes der baulichen Nutzung ist nachvollziehbar und erscheint zweckmäßig.</i></p> <p><i>Um weitere Einbeziehung wird gebeten.</i></p>	<p><i>Kenntnisnahme. Die IHK wird weiterhin am Planverfahren beteiligt.</i></p>
			<p>Die IHK Potsdam hat zum Bebauungsplan Nr. 02/2017 „Fretzdorf - Jägerstraße“ mit Schreiben vom 18.07.2017 folgende Stellungnahme abgegeben:</p> <p><i>Die Stadt Wittstock/Dosse beabsichtigt mit der Aufstellung des Bebauungsplanes planungsrechtliche Voraussetzungen für die Sicherung und Erweiterung bestehender Nutzungen zu schaffen. Durch die Aufstellung sollen außerdem die planungsrechtlichen Zulässigkeitsvoraussetzungen für die Errichtung und/oder Nutzungsänderungen neuer Gewerbebetriebe (z.B. Anlagen der Beherbergungen) gesichert werden. Das Plangebiet und der in ihm ansässige Gewerbebetrieb sind seit 1992 über einen Vorhaben- und Erschließungsplan als Sondergebiet planungsrechtlich gesichert. Der Bebauungsplan soll diesen Vorhaben- und Erschließungsplan ersetzen. Ziel des Bebauungsplanes ist eine größere Flexibilität in der Nutzung der vorhandenen Bauflächen zu erreichen.</i></p> <p><i>Seitens der IHK Potsdam bestehen keine Bedenken gegen den Vorentwurf des Bebauungsplanes. Die Festsetzungen der Art und des Maßes der baulichen Nutzung sind nachvollziehbar und erscheinen zweckmäßig.</i></p> <p><i>Um weitere Einbeziehung wird gebeten.</i></p>	<p>Die Stadt Wittstock/Dosse hat dazu wie folgt ausgeführt:</p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme. Die IHK wird weiterhin am Planverfahren beteiligt.</i></p>

06	Landesamt für Bauen und Verkehr	10.01.2019	Den von Ihnen eingereichten Vorgang habe ich in der Zuständigkeit des Landesamtes für Bauen und Verkehr (LBV) als Verkehrsobehörde des Landes Brandenburg gemäß "Zuständigkeitsregelung hinsichtlich der Beteiligung der Verkehrsbehörden und der Straßenbauverwaltung als Träger öffentlicher Belange in Planungsverfahren" (Erlass des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung vom 17.06.2015, veröffentlicht im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 27, vom 15.07.2015, S. 575) geprüft.	Kenntnisnahme.
			Gegen die 8. Änderung des FNP der Stadt Wittstock/Dosse, mit der die Darstellungen im Bereich Steinstraße / Jägerstraße im Ortsteil Fretzdorf an die Planungen der im Parallelverfahren in Aufstellung befindlichen B-Pläne 04/2006 "Fretzdorf - Steinstraße" und 02/2017 "Fretzdorf - Jägerstraße" angepasst werden sollen, bestehen aus Sicht der Landesverkehrsplanung keine Einwände .	Kenntnisnahme.
			Bisher im FNP als Industriegebiet und Sondergebiet "Gartenbau" ausgewiesenen Flächen sollen nun als Gewerbegebiet, eingeschränktes Gewerbegebiet und Mischgebiet dargestellt werden.	Kenntnisnahme.
			Belange der zum Zuständigkeitsbereich des LBV gehörenden Verkehrsbereiche Eisenbahn / Schienenpersonennahverkehr, Binnenschifffahrt, ziviler Luftverkehr und übriger ÖPNV werden durch die Änderung, die ausschließlich die Art der baulichen Nutzung betrifft, nicht berührt.	Kenntnisnahme.
			Das FNP-Änderungsgebiet befindet sich auch außerhalb von Bauschutzbereichen ziviler Flugplätze (Verkehrs-, Sonder-, Hubschraubersonderlandeplätzen) sowie Segelflug- und Modellfluggeländen in der Zuständigkeit der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Branden-	Kenntnisnahme.

06	Landesamt für Bauen und Verkehr	10.01.2019	burg (Abt. des LBV) und außerhalb von Schutzbereichen ziviler Flugsicherungsanlagen.	
			Inwieweit Belange der o.g. Verkehrsbereiche auf der Grundlage der verbindlichen Bauleitplanung berührt sein könnten, ist im Rahmen der entsprechenden B-Planverfahren zu beurteilen. Ich verweise hier auf meine Stellungnahmen vom 20.12.2017 zum B-Plan 04/2006 und vom 10.01.2019 zum B-Plan 02/2017.	Kenntnisnahme. Die Stellungnahmen des Landesamtes für Bauen und Verkehr vom 20.12.2017 zum Bebauungsplan Nr. 04/2006 „Fretzdorf - Steinstraße“ und vom 10.01.2019 zum Bebauungsplan Nr. 02/2017 „Fretzdorf - Jägerstraße“ werden nachfolgend noch einmal kursiv abgedruckt.
			Abschließend bitte ich zu beachten, dass eine Beurteilung der vorliegenden 8. FNP-Änderung hinsichtlich straßenbaulicher und straßenplanerischer Belange in der Zuständigkeit des jeweiligen Straßenbaulastträgers liegt.	Kenntnisnahme.
			Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.	Kenntnisnahme.
			Das Landesamt für Bauen und Verkehr hat zum Bebauungsplan Nr. 04/2006 „Fretzdorf - Steinstraße“ mit Schreiben vom 20.12.2017 folgende Stellungnahme abgegeben:	Die Stadt Wittstock/Dosse hat dazu wie folgt ausgeführt:
			<i>Der eingereichte Vorgang wurde vom Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV) als Verkehrsoberbehörde des Landes Brandenburg gemäß „Zuständigkeitsregelung hinsichtlich der Beteiligung der Verkehrsbehörden und der Straßenbauverwaltung als Träger öffentlicher Belange in Planungsverfahren“ (Erlass des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung vom 17.06.2015 (veröffentlicht im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 27 vom 15.07.2015, S. 575) geprüft.</i>	<i>Kenntnisnahme.</i>
			<i>Die, gegenüber dem B-Plan-Vorentwurf vom Mai 2017</i>	<i>Kenntnisnahme.</i>

06	Landesamt für Bauen und Verkehr	10.01.2019	<p><i>zwischenzeitlich in die Planungsunterlagen eingearbeiteten Ergänzungen, die im Wesentlichen aus den Hinweisen der frühzeitigen Trägerbeteiligung resultieren, wurden vom LBV zur Kenntnis genommen.</i></p> <p><i>Insbesondere wurden die Festsetzung Nr. 1 bezüglich der zulässigen Nutzungen überarbeitet und Hinweise, die u.a. die Gewährleistung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der Bundesautobahn A 24 betreffen, ergänzt.</i></p> <p><i>Das Grundanliegen der Planung, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Ansiedlung eines Betriebes für Gemüseanbau und -verarbeitung auf dem Gelände eines ehemaligen Betonstein- und Kalksandsteinwerkes zu schaffen, wurde nicht geändert.</i></p> <p><i>Die Planung dient weiterhin der Nachnutzung einer verkehrlich erschlossenen gewerblichen Konversionsfläche.</i></p> <p><i>Das Planungsgebiet zeichnet sich des Weiteren durch seine Lage in kurzer Entfernung zur Autobahnanchlussstelle Herzprung und zum Bahnhof Fretzdorf, an dem Zugang zum Schienenpersonennahverkehr (gegenwärtig Regional-Express-Linie 6 Berlin - Wittenberge) besteht, aus. Damit ist die Möglichkeit gegeben, dass die Beschäftigten ihren Arbeitsplatz mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen können. Dieses steht im Einklang mit dem verkehrspolitischen Ziel des Landes, die Nutzung umweltverträglicher Verkehrsmittel durch Ansiedlung von Vorhaben in fußläufiger Entfernung zu Zugangsstellen öffentlicher Verkehrsmittel zu fördern.</i></p> <p><i>Belange der Landesverkehrsplanung sowie der zum Zuständigkeitsbereich des LBV gehörenden Verkehrsbe- reiche Eisenbahn / Schienenpersonennahverkehr, Binnenschifffahrt und übriger ÖPNV stehen der geplanten</i></p>	<p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p>
----	---------------------------------	------------	--	--

06	Landesamt für Bauen und Verkehr	10.01.2019	<p><i>Nachnutzung des Areals nicht entgegen.</i></p> <p><i>Belange des zivilen Luftverkehrs werden durch das Vorhaben ebenfalls nicht berührt, wenn durch die festgesetzte maximale Gebäudehöhe von 15 m über Bezugspunkt, durch die Höhe temporärer Baugeräte und durch technische Anlagen (Lüftungsanlagen, Schornsteine, Antennen, Scheinwerfermaste, Silos), für die bisher keine maximale Bauhöhe im B-Plan festgesetzt wurde, die Bauhöhen der Umgebungsbebauung nicht wesentlich überschritten werden.</i></p> <p><i>Bei einer wesentlichen Überschreitung der vorhandenen Bauhöhen ist die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (Abt. des LBV) vorsorglich gesondert am Planungsverfahren zu beteiligen.</i></p> <p><i>Das Planungsgebiet befindet sich außerhalb von Bau- schutzbereichen ziviler Flugplätze (Verkehrs-, Sonder-, Hubschraubersonderlandeplätzen) sowie Segelflug- und Modellfluggeländen in der Zuständigkeit der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (Abt. des LBV) und außerhalb von Schutzbereichen ziviler Flugsicherungsanlagen.</i></p> <p><i>Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.</i></p> <p><i>Das Landesamt für Bauen und Verkehr hat zum Bebauungsplan Nr. 02/2017 „Fretzdorf - Jägerstraße“ mit Schreiben vom 10.01.2019 folgende Stellungnahme abgegeben:</i></p> <p><i>Der eingereichte Vorgang wurde in der Zuständigkeit des Landesamtes für Bauen und Verkehr (LBV) als</i></p>	<p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Die Stadt hat die technischen Anlagen von der Höhenfestsetzung ausgenommen, da grundsätzlich eine Überschreitung nur in dem Umfang in Anspruch genommen werden kann, welcher andere öffentlich-rechtliche Vorschriften nicht berührt oder beeinträchtigt.</i></p> <p><i>Bei wesentlichen Überschreitungen ist die Zulässigkeit im Rahmen der Umsetzung des konkreten Vorhabens in nachgeordneten Verfahren (z.B. Baugenehmigungsverfahren, Zustimmungsverfahren u.a.) zu prüfen.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Die Stadt Wittstock/Dosse hat dazu wie folgt ausgeführt:</i></p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p>
----	---------------------------------	------------	--	---

06	Landesamt für Bauen und Verkehr	10.01.2019	<p><i>Verkehrsoberbehörde des Landes Brandenburg gemäß „Zuständigkeitsregelung hinsichtlich der Beteiligung der Verkehrsbehörden und der Straßenbauverwaltung als Träger öffentlicher Belange in Planungsverfahren“ (Erlass des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung vom 17.06.2015 (veröffentlicht im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 27 vom 15.07.2015, S. 575) geprüft.</i></p> <p><i>Die gegenüber dem Vorentwurf zum im Betreff genannten B-Plan zwischenzeitlich erfolgten Änderungen und Ergänzungen in Planzeichnung, textlichen Festsetzungen und Begründung zum B-Plan, die insbesondere auf den Hinweisen und Forderungen der frühzeitigen Beteiligung von Trägern öffentlicher Belange und Behörden basieren, wurden zur Kenntnis genommen.</i></p> <p><i>Diese betreffen im Wesentlichen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - <i>die Änderung der Art der baulichen Nutzung (Bauflächen) in den ausgewiesenen 3 Baugebieten (BG 1 - 3), u.a. aufgrund der Berücksichtigung von Belangen des Immissionsschutzes,</i> - <i>eine Konkretisierung der zulässigen Nutzungen in den einzelnen Baugebieten (GE, GEe und MI)</i> - <i>die Anpassung der westlichen Baugebietsgrenze des BG 1 unter Berücksichtigung der von Bebauung freizuhaltenden Flächen parallel der Bundesautobahn A 24 gemäß § 9 Bundesfernstraßengesetz entsprechend der Stellungnahme des Landesbetriebs Straßenwesen, Niederlassung Autobahn als zuständigem Straßenbaulastträger.</i> <p><i>Belange der zum Zuständigkeitsbereich des LBV gehörenden Verkehrsbereiche Eisenbahn / Schienenpersonennahverkehr, Binnenschifffahrt und übriger ÖPNV werden durch die v.g. Änderungen und den vorliegenden B-Plan-Entwurf insgesamt, mit dem die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Sicherung und</i></p>	<p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p>
----	---------------------------------	------------	--	--

06	Landesamt für Bauen und Verkehr	10.01.2019	<p><i>Erweiterung bestehender Nutzungen, mögliche Nutzungsänderungen und die Ansiedlung neuer gewerblicher Nutzungen (z.B. Anlagen der Beherbergung) geschaffen werden sollen, nicht berührt.</i></p> <p><i>Gegen den vorliegenden B-Plan bestehen aus Sicht der Landesverkehrsplanung weiterhin keine Bedenken.</i></p> <p><i>Begründung:</i> <i>Das Planungsgebiet liegt in unmittelbarer Nähe zur Anschlussstelle „Herzprung“ der Bundesautobahn A 24 und besitzt damit über die vorhandene Erschließungsstraße „Fretzdorfer Steinstraße“ und die Landesstraße 18 eine gute Anbindung an das überörtliche Straßennetz.</i></p> <p><i>Des Weiteren besteht in der Ortslage Fretzdorf mit dem Bahnhof Fretzdorf auch ein direkter Zugang zum Netz des Schienenpersonennahverkehrs (gegenwärtig zum RE 6 Berlin - Wittenberge) und damit zum umweltverträglichen Verkehrsträger Schiene. Dieses ist aus verkehrlicher Sicht besonders positiv zu bewerten.</i></p> <p><i>Eine Berührung von Belangen des zivilen Luftverkehrs kann aufgrund der im Planungsgebiet maximal zulässigen Bauhöhe von 12 m über Bezugspunkt zunächst ausgeschlossen werden.</i> <i>Bauliche Anlagen wie Schornsteine, Maste u.ä. wurden von dieser Festsetzung allerdings ausgenommen.</i> <i>Sollte die festgesetzte maximal zulässige Bauhöhe von 12 m durch technische Aufbauten, v.g. bauliche Anlagen oder temporäre Baugeräte wesentlich überschritten werden, ist die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (Abt. des LBV) vorsorglich im Rahmen der Genehmigungsverfahren zu beteiligen. Das Planungsgebiet befindet sich außerhalb von Bauschutzbereichen ziviler Flugplätze (Verkehrs-, Sonder-, Hub-</i></p>	<p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p>
----	---------------------------------	------------	--	---

06	Landesamt für Bauen und Verkehr	10.01.2019	<p><i>schraubersonderlandeplätzen) sowie Segelflug- und Modellfluggeländen in der Zuständigkeit der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (Abt. des LBV) und außerhalb von Schutzbereichen ziviler Flugsicherungsanlagen.</i></p> <p><i>Anschließend weist das LBV darauf hin, dass eine Beurteilung des vorliegenden B-Plans hinsichtlich straßenbaulicher und straßenplanerischer Belange weiterhin in der Zuständigkeit des jeweiligen Straßenbaulastträgers liegt.</i></p> <p><i>Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.</i></p>	<p><i>Kenntnisnahme.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme.</i></p>
07	Landesbetrieb Straßenwesen Dezernat Planung West	10.01.2019	<p>Mit Bezugsschreiben informieren Sie über die o.g. Bauleitplanung.</p> <p>Durch diese Planung sind die vom Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg, Dienststätte Kyritz zu vertretenden Belange nicht betroffen. Insofern bestehen keine Bedenken.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen - nicht abwägungsrelevant.</p> <p>Keine erneute Beteiligung, da nicht berührt.</p>
08	Landesbetrieb Straßenwesen Dienststätte Stolpe	21.02.2019	<p>Die vorgelegten Planunterlagen zum o.g. Vorhaben wurden geprüft. Aus der Sicht der Autobahnverwaltung ergeht dazu folgende Stellungnahme.</p> <p>Im verbindlichen Bauleitplanverfahren zur Aufstellung der beiden Bebauungspläne Nr. 04/2006 "Fretzdorf - Steinstraße" (GE) und Nr. 02/2017 "Fretzdorf - Jägerstraße" (MI, GE, GEe) wurde der Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg (LS), Dienststätte Stolpe, als Träger öffentlicher Belange bereits beteiligt und hat mit Schreiben vom 21.07.2017, 26.07.2017 und 21.02.2019 mehrere Stellungnahmen abgegeben. Parallel zur Aufstellung dieser Bebauungspläne erfolgt nun die Änderung des FNP.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Die Stellungnahmen des Landesbetriebes Straßenwesen, Niederlassung Autobahn vom 21.07.2017 zum Bebauungsplan Nr. 04/2006 „Fretzdorf - Steinstraße“ und vom 26.07.2017 sowie vom 21.02.2019 zum Bebauungsplan Nr. 02/2017 „Fretzdorf - Jägerstraße“ werden nachfolgend noch einmal kursiv abgedruckt.</p>

08	Landesbetrieb Straßenwesen Dienststätte Stolpe	21.02.2019	Bei Einhaltung der in den o.g. Schreiben enthaltenen Forderungen und Hinweise der Autobahnverwaltung bestehen gegen die vorbereitete Bauleitplanung im Zuge der 8. FNP-Änderung keine Bedenken.	Kenntnisnahme.
			Der Landesbetrieb Straßenwesen, Niederlassung Autobahn hat zum Bebauungsplan Nr. 04/2006 „Fretzdorf - Steinstraße“ mit Schreiben vom 21.07.2017 folgende Stellungnahme abgegeben:	Die Stadt Wittstock/Dosse hat dazu wie folgt ausgeführt:
			<i>Die vorgelegten Planunterlagen zum o.g. Vorhaben wurden geprüft. Aus Sicht der Straßenverwaltung BAB ergeht dazu folgende Stellungnahme.</i>	Kenntnisnahme.
			<i>Für die bestehende gewerbliche Baufläche an der Fretzdorfer Steinstraße soll nach Aufgabe der Kalksandsteinproduktion der o.g. Bebauungsplan, dessen Geltungsbereich sich dabei in einem minimalen Abstand von etwa 220 m zum befestigten Fahrbahnaußenrand der Autobahn (A) 24 befindet, aufgestellt werden. Im Bereich des Plangebietes ist der Neubau von Wildschutzzäunen beidseitig entlang der Autobahn vorgesehen. In diesem Zusammenhang wird parallel zur A 24 auch eine neue Autobahn-Telekommunikationskabeltrasse neu hergestellt. Die Baumaßnahmen sind größtenteils bereits abgeschlossen.</i>	Kenntnisnahme.
			<i>Außerdem ist für den vom Bebauungsplan Nr. 04/2006 betroffenen Abschnitt der A 24 der Ausbau von 4 auf 6 Fahrstreifen mit Standstreifen beabsichtigt. Diese Ausbaumaßnahme ist in dem 2016 beschlossenen Fernstraßenausbaugesetz festgeschrieben und in dem zum Gesetz gehörenden Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030 im weiteren Bedarf dargestellt.</i>	Kenntnisnahme.
			<i>Bei Planungen zur Nutzung und Bebauung von Grund-</i>	<i>Kenntnisnahme und Beachtung.</i>

08	Landesbetrieb Straßenwesen Dienststätte Stolpe	21.02.2019	<p>stücken in Autobahnnähe sind die anbaurechtlichen Regelungen des FStrG (Bundesfernstraßengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 2017, BGBl. I S. 1206, zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 29. Mai 2017, BGBl. I S. 1298) zu beachten. Die straßenrechtliche Zustimmung der Autobahnverwaltung ist gemäß § 9 Abs. 2 FStrG nur für Bauvorhaben in einem Abstand von bis zu 100 m zur Autobahn erforderlich und somit im vorliegenden Fall entbehrlich. Insofern bestehen gegen den o.g. Bebauungsplan grundsätzlich keine straßenrechtlichen Bedenken.</p> <p>Jedoch ist darauf hinzuweisen, dass die Planung von Anlagen der Außenwerbung, die den Verkehrsteilnehmer auf der A 24 ansprechen sollen oder dazu geeignet sind, grundsätzlich den Interessen einer hohen Verkehrssicherheit entgegen stehen.</p> <p>Deshalb ist die Errichtung unzulässig. Ausnahmen ausschließlich am Ort der Leistung, eine mit der Straßenverkehrsbehörde der Autobahn abgestimmte Gestaltung vorausgesetzt, bedürfen in jedem Einzelfall der straßenrechtlichen Zustimmung und der straßenverkehrsrechtlichen Genehmigung durch die Autobahnverwaltung. Dieser Sachverhalt ist in geeigneter Weise in den Bebauungsplan aufzunehmen.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Die Anforderungen zur Autobahn sind im FStrG dargelegt (Bauverbots- und Baubeschränkungszone – 40 m bzw. 100 m vom befestigten Fahrbahnrand). Darüber hinausgehende Anforderungen werden dann über die BbgBO definiert.</p> <p>Im Bebauungsplan ist für Werbeanlagen nachfolgende textliche Festsetzung getroffen worden. Sie lautet: „Werbeanlagen für Betriebe innerhalb des Geltungsbereiches sind an Gebäuden zulässig. Im Baugebiet 1 ist auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche eine selbstständige Werbeanlage (Werbepylon, Werbestele) sowie Fahnenmasten für Werbezwecke von bis zu 12 m Höhe für Betriebe im Geltungsbereich des Bebauungsplanes zulässig. Die Beleuchtung der Werbeanlage darf nur in weißem oder gelbem Licht erfolgen. Fluoreszierende und reflektierende Farben sowie bewegtes oder wechselndes Licht sind unzulässig. Leucht- und Signalfarben (z.B. RAL Farben 1026, 2005, 2007, 3024, 3026) sind nicht zulässig.“</p> <p>Erkennbar ist, dass die zugelassene Werbeanlage lokale Bedeutung hat und für Betriebe an ihrer Stätte der Leistung gedacht ist. Somit wird den Anforderungen des Landesbetriebes Straßenwesen Rechnung getragen.</p>
----	---	------------	--	--

08	Landesbetrieb Straßenwesen Dienststätte Stolpe	21.02.2019	<i>Überdies muss für die im Bebauungsplangebiet ausgewiesenen gewerblichen Bauflächen durch textliche Festsetzung sichergestellt werden, dass von den künftigen Bauvorhaben keine Emissionen ausgehen dürfen, welche die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der A 24 und der Anschlussstelle Herzsprung gefährden.</i>	<i>Mit dem Bebauungsplan wird nicht beabsichtigt, unzulässige und die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der A 24 beeinträchtigende Nutzungen zu realisieren. Das Gewerbegebiet ist mindestens 220 m von der A 24 entfernt gelegen. Weitere Maßnahmen sind im Rahmen des Vollzuges des Bebauungsplanes im Baugenehmigungsverfahren vorzusehen. Ein entsprechender Hinweis wird auf dem Planbild abgedruckt.</i>
			Der Landesbetrieb Straßenwesen, Niederlassung Autobahn hat zum Bebauungsplan Nr. 02/2017 „Fretzdorf - Jägerstraße“ mit Schreiben vom 26.07.2017 folgende Stellungnahme abgegeben:	Die Stadt Wittstock/Dosse hat dazu wie folgt ausgeführt:
			<i>Die vorgelegten Planunterlagen zum o. g. Vorhaben wurden geprüft. Aus der Sicht der Straßenverwaltung BAB ergeht dazu folgende Stellungnahme.</i>	<i>Kenntnisnahme.</i>
			<i>Für die bestehende gewerbliche Baufläche an der Fretzdorfer Jägerstraße (Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 03 "Gartenbaubetrieb und Vermarktungshäuser") sollen durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 02/2017 die planungsrechtlichen Zulässigkeitsvoraussetzungen für die Sicherung und Erweiterung bestehender Nutzungen sowie die Errichtung oder Nutzungsänderung neuer Gewerbebetriebe (z.B. Anlagen der Beherbergung) gesichert werden. Der Geltungsbereich des Plangebietes reicht dabei bis an das bundeseigene Straßengrundstück der Autobahn (A) 24 heran.</i>	<i>Kenntnisnahme.</i>
			<i>Für den vom Bebauungsplan Nr. 02/2017 betroffenen Abschnitt der A 24 ist in der Zukunft der Ausbau von 4 auf 6 Fahrstreifen mit Standstreifen beabsichtigt. Diese Ausbaumaßnahme ist in dem 2016 beschlossenen Fernstraßenausbaugesetz festgeschrieben und in dem</i>	<i>Kenntnisnahme.</i>

08	Landesbetrieb Straßenwesen Dienststätte Stolpe	21.02.2019	<p><i>zum Gesetz gehörenden Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030 im weiteren Bedarf eingeordnet.</i></p> <p><i>Außerdem ist im Bereich des Plangebietes der Neubau von Wildschutzzäunen beidseitig entlang der Autobahn vorgesehen. Die rechtsverbindlichen Festlegungen aus dem für die genannte Baumaßnahme erlassenen Planfeststellungsbeschluss Nr. 40.10 7171/24.16 vom 06.09.2013 sind bei der Bebauungsplanung zu berücksichtigen. Der Wildschutzzäunneubau ist bereits größtenteils abgeschlossen.</i></p> <p><i>Bei Planungen zur Nutzung und Bebauung von Grundstücken in Autobahnnähe sind die anbaurechtlichen Regelungen des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 2007 (BGBl. I S. 1206), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 29. Mai 2017 (BGBl. I S. 1298) zu beachten. Gemäß § 9 Abs. 1 und 2 FStrG sind</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <i>- die Errichtung von Hochbauten jeder Art bis 40,0 m neben Bundesautobahnen, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, untersagt sowie</i> <i>- die Errichtung, Änderung oder veränderte Nutzung von baulichen Anlagen bis jeweils 100,0 m neben Bundesautobahnen zustimmungspflichtig.</i> <p><i>Dies gilt ebenso für die auf der Planzeichnung mit „SPE 1“ bezeichnet umgrenzten Fläche. Hier sind im 40 m - Bereich zur A 24 als Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft eine dreireihige Sichtschutzpflanzung von heimischen Gehölzen (mind. 3-reihig) sowie die Umwandlung von Intensivacker in extensive Magerrasenflächen als Sukzessionsfläche vorgesehen. Bei allen Neuanpflanzungen ist mindestens ein Abstand von 25 m zur befestigten Fahrbahnaußenkante der Autobahn einzuhalten und dies im B-Plan in geeigneter Form festzuhalten.</i></p>	<p><i>Kenntnisnahme und Beachtung. Der Wildschutzzaun wurde zwischenzeitlich errichtet.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme und Beachtung im Rahmen des Vollzuges des Bebauungsplanes.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme. Die Anregung wird beachtet. Für den Streifen von mindestens 25 m von der befestigten Fahrbahnkante wird eine Fläche die von der Bebauung freizuhalten ist, ohne jedwede weitere textliche Festsetzung, festgesetzt.</i></p>
----	---	------------	--	---

08	Landesbetrieb Straßenwesen Dienststätte Stolpe	21.02.2019	<p>Weiterhin ist darauf hinzuweisen, dass die Planung von Anlagen der Außenwerbung, die den Verkehrsteilnehmer auf der A 24 ansprechen sollen oder dazu geeignet sind, grundsätzlich den Interessen einer hohen Verkehrssicherheit entgegen stehen. Deshalb ist ihre Errichtung unzulässig. Ausnahmen ausschließlich am Ort der Leistung, eine mit der Straßenverkehrsbehörde der Autobahn abgestimmte Gestaltung vorausgesetzt, bedürfen in jedem Einzelfall der straßenrechtlichen Zustimmung und der straßenverkehrsrechtlichen Genehmigung durch die Autobahnverwaltung. Dieser Sachverhalt ist in geeigneter Weise in den Bebauungsplan aufzunehmen.</p> <p>Im Hinblick auf den beabsichtigten Neubau von Stätten des Beherbergungsgewerbes ist die Lage des Bebauungsplangebietes sehr kritisch zu sehen. Es ist deshalb unbedingt auf die Problematik des Immissionsschutzes hinzuweisen und dies im Bebauungsplanverfahren genau zu untersuchen. Bei einer Fortsetzung der Planung von Anlagen der Beherbergung in Autobahnnähe sind die seit mehreren Jahrzehnten existierende A 24 und die von ihr ausgehenden beachtlichen Belastungen zu berücksichtigen. Veranlasser von Neuplanungen haben den gesetzlichen Forderungen zum Immissionsschutz Rechnung zu tragen und notwendige Schutzmaßnahmen vorzusehen. Ansprüche an die Bundesstraßenverwaltung können nicht geltend gemacht werden.</p> <p>Überdies muss für die im Bebauungsplangebiet ausgewiesenen gewerblichen Bauflächen durch textliche Festsetzung sichergestellt werden, dass von den künftigen Bauvorhaben keine Emissionen ausgehen dürfen, welche die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der A 24 und der Anschlussstelle Herzsprung gefährden.</p>	<p>Kenntnisnahme und Ergänzung der Begründung.</p> <p>Kenntnisnahme. Die immissionsschutzrechtliche Anforderung der BAB 24 wurde im Bebauungsplan berücksichtigt, indem zum Bebauungsplan ein Schallgutachten mit sich daraus ergebenden textlichen Festsetzungen erarbeitet wurde.</p> <p>Im Bebauungsplan kann eine solche textliche Festsetzung nicht getroffen werden. Gleichwohl wurde der Anregung dahingehend entsprochen, dass Lagerplätze (häufig mit Staubemissionen verbunden) als nicht zulässig festgesetzt wurden. Mit den weiteren als zulässig festgesetzten Nutzungen sind bei entsprechender Zulassung negative Auswirkungen aus Sicht der Stadt Wittstock/Dosse nicht zu erwarten. Die Begrün-</p>
----	---	------------	---	---

08	Landesbetrieb Straßenwesen Dienststätte Stolpe	21.02.2019	<i>Schmutz- und Abwässer - auch in geklärtem Zustand - sowie sonstige gesammelte Wässer aller Art dürfen dem Straßengelände oder den Entwässerungsanlagen der A 24 weder mittel- noch unmittelbar zugeleitet werden. Auf Möglichkeiten einer ordnungsgemäßen Entwässerung ist bereits im Rahmen der Bebauungsplanung zu achten.</i>	<i>dung wird entsprechend ergänzt.</i>
			Der Landesbetrieb Straßenwesen, Niederlassung Autobahn hat zum Bebauungsplan Nr. 02/2017 „Fretzdorf - Jägerstraße“ mit Schreiben vom 21.02.2019 folgende Stellungnahme abgegeben:	Die Stadt Wittstock/Dosse hat dazu wie folgt ausgeführt:
			<i>Die vorgelegten Planunterlagen zum o. g. Vorhaben wurden geprüft. Aus der Sicht der Autobahnverwaltung ergeht dazu folgende Stellungnahme.</i>	<i>Kenntnisnahme.</i>
			<i>Im Verfahren zur Aufstellung des o. g. Bebauungsplanes hat der Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg (LS), Dienststätte Stolpe, bereits im Zuge der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom 26.07.2017 eine Stellungnahme abgegeben. Die darin enthaltenen Aussagen sind in vollem Umfang weiterhin gültig und haben bei der überarbeiteten Planung grundlegend Berücksichtigung gefunden.</i>	<i>Kenntnisnahme. Die Stellungnahme des Landesbetriebes Straßenwesen, Dienststätte Stolpe vom 26.07.2017 wird nachfolgend noch einmal kursiv abgedruckt.</i>
			<i>Die vom § 9 Abs. 1 FStrG (Bundesfernstraßengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 2007, BGBl. I S. 1206, zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 29. Mai 2017, BGBl. I S. 1298) festgelegte 40 m breite Anbauverbotszone neben der Autobahn (A) 24 ist gemäß Signatur in der Planzeichnung in wesentlichen Teilen (auf etwa 32 m Breite) künftig von jeglicher Bebauung und Bepflanzung freizuhalten. Somit</i>	<i>Kenntnisnahme.</i>

08	Landesbetrieb Straßenwesen Dienststätte Stolpe	21.02.2019	<p><i>findet der im Fernstraßenausbaugesetz von 2016 festgeschriebene und in dem zum Gesetz gehörenden Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030 im weiteren Bedarf eingeordnete Ausbau der A 24 von 4 auf 6 Fahrstreifen mit Standstreifen Beachtung.</i></p> <p><i>Für die Errichtung von Anlagen der Außenwerbung ist eine Festsetzung (10) in den Bebauungsplan aufgenommen worden. Dabei finden zwar die straßenrechtlichen Belange der Autobahnverwaltung Berücksichtigung, jedoch fehlt ein Verweis darauf, dass im Falle der Einflussnahme der künftigen Werbung auf den Autobahnverkehr zusätzlich zu deren Baugenehmigung eine straßenverkehrsrechtliche Ausnahmegenehmigung der obersten Verkehrsbehörde des Landes Brandenburg nach § 46 StVO notwendig ist.</i></p> <p><i>Der LS ist Verkehrsbehörde für die Autobahnen im Land Brandenburg. Daher bedürfen Anlagen der Außenwerbung, wenn sie Verkehrsteilnehmer auf der A 24 ansprechen sollen oder dazu geeignet sind, in jedem Einzelfall der straßenrechtlichen Zustimmung und der straßenverkehrsrechtlichen Genehmigung durch den LS. Dieser Sachverhalt ist in der entsprechenden Festsetzung (10) zu ergänzen.</i></p> <p><i>Bezüglich der Problematik des Immissionsschutzes wird infolge des erstellten Lärmgutachtens ebenfalls eine Festsetzung (9) getroffen, die in Misch- und Gewerbegebieten zu passiven Lärmschutzmaßnahmen verpflichtet. Dies ist aus der Sicht der Autobahnverwaltung bei der Errichtung von Anlagen der Beherbergung möglicherweise nicht ausreichend. Daher wird hier nochmals ausdrücklich darauf verwiesen, dass die A 24 seit mehreren Jahrzehnten existiert und von ihr beachtlichen Belastungen ausgehen. Veranlasser von Neuplanungen haben den gesetzlichen Forderungen zum Immissionsschutz Rechnung zu tragen und notwendige Schutz-</i></p>	<p><i>Die Begründung wird entsprechend ergänzt.</i></p> <p><i>Das zum Bebauungsplan auch entsprechend der Anregung des Landesbetriebes Straßenwesen erstellte Schallgutachten kommt zu dem Ergebnis, dass bei Beachtung der immissionsschutzrechtlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse gewahrt bleiben. Grundlage ist die aktuelle Bestandssituation der A 24 in dem entsprechenden Abschnitt.</i></p>
----	---	------------	---	---

08	Landesbetrieb Straßenwesen Dienststätte Stolpe	21.02.2019	<i>maßnahmen vorzusehen. Ansprüche an die Bundesstraßenverwaltung können zu keinem Zeitpunkt geltend gemacht werden.</i>	
			Der Landesbetrieb Straßenwesen, Niederlassung Autobahn hat mit Schreiben vom 26.07.2017 folgende Stellungnahme abgegeben:	Die Stadt Wittstock/Dosse hat dazu wie folgt ausgeführt:
			<i>Die vorgelegten Planunterlagen zum o. g. Vorhaben wurden geprüft. Aus der Sicht der Straßenverwaltung BAB ergeht dazu folgende Stellungnahme.</i>	<i>Kenntnisnahme.</i>
			<i>Für die bestehende gewerbliche Baufläche an der Fretzdorfer Jägerstraße (Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 03 "Gartenbaubetrieb und Vermarktungshäuser") sollen durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 02/2017 die planungsrechtlichen Zulässigkeitsvoraussetzungen für die Sicherung und Erweiterung bestehender Nutzungen sowie die Errichtung oder Nutzungsänderung neuer Gewerbebetriebe (z.B. Anlagen der Beherbergung) gesichert werden. Der Geltungsbereich des Plangebietes reicht dabei bis an das bundeseigene Straßengrundstück der Autobahn (A) 24 heran.</i>	<i>Kenntnisnahme.</i>
			<i>Für den vom Bebauungsplan Nr. 02/2017 betroffenen Abschnitt der A 24 ist in der Zukunft der Ausbau von 4 auf 6 Fahrstreifen mit Standstreifen beabsichtigt. Diese Ausbaumaßnahme ist in dem 2016 beschlossenen Fernstraßenausbaugesetz festgeschrieben und in dem zum Gesetz gehörenden Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030 im weiteren Bedarf eingeordnet.</i>	<i>Kenntnisnahme.</i>
			<i>Außerdem ist im Bereich des Plangebietes der Neubau von Wildschutzzäunen beidseitig entlang der Autobahn vorgesehen. Die rechtsverbindlichen Festlegungen aus dem für die genannte Baumaßnahme erlassenen Plan-</i>	<i>Kenntnisnahme und Beachtung. Der Wildschutzzaun wurde zwischenzeitlich errichtet.</i>

08	Landesbetrieb Straßenwesen Dienststätte Stolpe	21.02.2019	<p><i>feststellungsbeschluss Nr. 40.10 7171/24.16 vom 06.09.2013 sind bei der Bebauungsplanung zu berücksichtigen. Der Wildschutzzaunneubau ist bereits größtenteils abgeschlossen.</i></p> <p><i>Bei Planungen zur Nutzung und Bebauung von Grundstücken in Autobahnnähe sind die anbaurechtlichen Regelungen des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 2007 (BGBl. I S. 1206), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 29. Mai 2017 (BGBl. I S. 1298) zu beachten. Gemäß § 9 Abs. 1 und 2 FStrG sind</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <i>- die Errichtung von Hochbauten jeder Art bis 40,0 m neben Bundesautobahnen, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, untersagt sowie</i> <i>- die Errichtung, Änderung oder veränderte Nutzung von baulichen Anlagen bis jeweils 100,0 m neben Bundesautobahnen zustimmungspflichtig.</i> <p><i>Dies gilt ebenso für die auf der Planzeichnung mit „SPE 1“ bezeichneten umgrenzten Fläche. Hier sind im 40 m - Bereich zur A 24 als Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft eine dreireihige Sichtschutzpflanzung von heimischen Gehölzen (mind. 3-reihig) sowie die Umwandlung von Intensivacker in extensive Magerrasenflächen als Sukzessionsfläche vorgesehen. Bei allen Neuanpflanzungen ist mindestens ein Abstand von 25 m zur befestigten Fahrbahnaußenkante der Autobahn einzuhalten und dies im B-Plan in geeigneter Form festzuhalten.</i></p> <p><i>Weiterhin ist darauf hinzuweisen, dass die Planung von Anlagen der Außenwerbung, die den Verkehrsteilnehmer auf der A 24 ansprechen sollen oder dazu geeignet sind, grundsätzlich den Interessen einer hohen Verkehrssicherheit entgegen stehen. Deshalb ist ihre Errichtung unzulässig. Ausnahmen ausschließlich am Ort der</i></p>	<p><i>Kenntnisnahme und Beachtung im Rahmen des Vollzuges des Bebauungsplanes.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme. Die Anregung wird beachtet. Für den Streifen von mindestens 25 m von der befestigten Fahrbahnkante wird eine Fläche die von der Bebauung freizuhalten ist, ohne jedwede weitere textliche Festsetzung, festgesetzt.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme und Ergänzung der Begründung.</i></p>
----	---	------------	--	---

08	Landesbetrieb Straßenwesen Dienststätte Stolpe	21.02.2019	<p><i>Leistung, eine mit der Straßenverkehrsbehörde der Autobahn abgestimmte Gestaltung vorausgesetzt, bedürfen in jedem Einzelfall der straßenrechtlichen Zustimmung und der straßenverkehrsrechtlichen Genehmigung durch die Autobahnverwaltung. Dieser Sachverhalt ist in geeigneter Weise in den Bebauungsplan aufzunehmen.</i></p> <p><i>Im Hinblick auf den beabsichtigten Neubau von Stätten des Beherbergungsgewerbes ist die Lage des Bebauungsplangebietes sehr kritisch zu sehen. Es ist deshalb unbedingt auf die Problematik des Immissionsschutzes hinzuweisen und dies im Bebauungsplanverfahren genau zu untersuchen. Bei einer Fortsetzung der Planung von Anlagen der Beherbergung in Autobahnnähe sind die seit mehreren Jahrzehnten existierende A 24 und die von ihr ausgehenden beachtlichen Belastungen zu berücksichtigen. Veranlasser von Neuplanungen haben den gesetzlichen Forderungen zum Immissionsschutz Rechnung zu tragen und notwendige Schutzmaßnahmen vorzusehen. Ansprüche an die Bundesstraßenverwaltung können nicht geltend gemacht werden.</i></p> <p><i>Überdies muss für die im Bebauungsplangebiet ausgewiesenen gewerblichen Bauflächen durch textliche Festsetzung sichergestellt werden, dass von den künftigen Bauvorhaben keine Emissionen ausgehen dürfen, welche die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der A 24 und der Anschlussstelle Herzsprung gefährden.</i></p> <p><i>Schmutz- und Abwässer - auch in geklärtem Zustand - sowie sonstige gesammelte Wässer aller Art dürfen dem Straßengelände oder den Entwässerungsanlagen der A 24 weder mittel- noch unmittelbar zugeleitet werden.</i></p>	<p><i>Kenntnisnahme. Die immissionsschutzrechtliche Anforderung der BAB 24 wurde im Bebauungsplan berücksichtigt, indem zum Bebauungsplan ein Schallgutachten mit sich daraus ergebenden textlichen Festsetzungen erarbeitet wurde.</i></p> <p><i>Im Bebauungsplan kann eine solche textliche Festsetzung nicht getroffen werden. Gleichwohl wurde der Anregung dahingehend entsprochen, dass Lagerplätze (häufig mit Staubemissionen verbunden) als nicht zulässig festgesetzt wurden. Mit den weiteren als zulässig festgesetzten Nutzungen sind bei entsprechender Zulassung negative Auswirkungen aus Sicht der Stadt Wittstock/Dosse nicht zu erwarten. Die Begründung wird entsprechend ergänzt.</i></p> <p><i>Kenntnisnahme und Beachtung im Rahmen des Vollzuges des Bebauungsplanes.</i></p>
----	---	------------	---	---

08	Landesbetrieb Straßenwesen Dienststätte Stolpe	21.02.2019	<i>Auf Möglichkeiten einer ordnungsgemäßen Entwässerung ist bereits im Rahmen der Bebauungsplanung zu achten.</i>	
09	Landesamt für Umwelt Abt. Technischer Umweltschutz 2	09.01.2019	<p>Die zum o.g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3 Satz 3, Punkte 1 - 5 u. 8). des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft.</p> <p>Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Anregungen und Hinweise der Fachbereiche Immissionsschutz und Wasserwirtschaft übergeben. Der Fachbereich Naturschutz hat keine Stellungnahme abgegeben.</p> <p>Immissionsschutz Zur 8. Änderung des o.g. Entwurfes bestehen aus Sicht des Immissionsschutzes keine grundsätzlichen Bedenken. Wir gehen dabei davon aus, dass in den Gewerbegebieten (auch auf der Fläche des ehemaligen Betonwerkes) keine Nacharbeit erfolgt.</p> <p>Die Planvorhaben der Gemeinden - insbesondere Darstellungen / Festsetzungen - sind oft immissionsschutzrechtlichem Belang und daher bei der Erfüllung der Aufgaben des Landesamtes für Umwelt (LfU) als Genehmigungs-, Vollzugs- und Überwachungsbehörde sowie als beteiligte Behörde gemäß § 4 BauGB für das Plangebiet selbst und dessen Umgebung von Bedeutung. Wir bitten daher, ein Exemplar des wirksamen FNP mit der Begründung an das Landesamt für Umwelt, Abteilung Technischer Umweltschutz 2, Postfach 60 10 61, 14410 Potsdam zu senden.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme und Beachtung.</p>

09	Landesamt für Umwelt Abt. Technischer Umweltschutz 2	09.01.2019	Wasserwirtschaft Die Abteilung Wasserwirtschaft teilte keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung mit.	Kenntnisnahme
10	Landkreis Ostprignitz-Ruppin	14.01.2019	<p>Ausgelöst durch Ihr Schreiben vom 29.11.2018 erhalten Sie die Stellungnahme des Landkreises Ostprignitz-Ruppin im Rahmen der Beteiligung als Träger öffentlicher Belange zu o.g. Vorhaben.</p> <p>In die Erarbeitung der Stellungnahme wurden gemäß TöB-Erlass des MIL vom 20.09.2010 die Ämter und Behörden unseres Hauses einbezogen, deren Aufgabengebiete durch die Planung berührt werden. Im Ergebnis der Beteiligung liegen Stellungnahmen des</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bau- u. Umweltamtes, Umweltamtbereich, v. 14.01.2019 sowie - Bau- u. Umweltamtes, untere Bauaufsichtsbehörde, v. 03.12.2018 <p>vor.</p> <p>Die Stellungnahme des Umweltamtbereiches enthalten Hinweise und Anregungen. Seitens der unteren Wasserbehörde sowie der unteren Bodenschutzbehörde werden Bedenken vorgetragen. Die Stellungnahme ist diesem Schreiben beigelegt und im Zuge der Abwägung gesondert zu berücksichtigen. Die untere Bauaufsichtsbehörde formuliert keine Einwände.</p> <p>Hinweise des Sachgebietes Kreisplanung und Kreisstraßen</p> <p>Aus kreis- bzw. bauleitplanerischer Sicht wird angeregt, die verkehrliche Erschließung des Mischgebietes mit in die FNP-Änderung einfließen zu lassen. Zielführend könnte eine Modifizierung der örtlichen Hauptverkehrsstraße (gem. § 5 (2) Nr. 3 BauGB) aus der wirksamen FNP-Darstellung sein. Der parallel in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. 02/2017 "Fretzdorf - Jäger-</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme. Die Stellungnahmen werden gesondert berücksichtigt.</p> <p>Die Gebieterschließung im Bebauungsplan Nr. 02/2017 „Fretzdorf - Jägerstraße“ ist keine örtliche Hauptverkehrsstraße und muss deshalb nicht im Flächennutzungsplan dargestellt werden. Der Anregung wird deshalb nicht gefolgt.</p>

10	Landkreis Ostprignitz-Ruppin	14.01.2019	<p>straße" (Stand 10/2018) sieht hier bereits die Festsetzung als private Straßenverkehrsfläche vor.</p> <p>In der Planzeichnung wird das Mischgebiet mit der Zusatzsignatur Emissionsort gekennzeichnet. Vom Grundsatz her sollen in Mischgebieten Wohnen und Gewerbe gleichrangig ermöglicht werden. Zum Schutz des Wohnens (als sog. Immissionsort) sind hier allerdings nur Gewerbebetriebe vorzusehen, die das Wohnen nicht wesentlich stören (vgl. § 6 (1) BauNVO). Die Kennzeichnung als Emissionsort ist gegenwärtig nicht nachvollziehbar und sollte geprüft werden.</p> <p>In der Planzeichenlegende sollten die Rechtsquellen der einzelnen Planzeichen überprüft (z.B. Gewerbegebiete, eingeschränkt) bzw. für die übrigen ergänzt werden. Weiterhin sollte das Planzeichen (Stromversorgungsleitung mit kV-Angabe, oberirdisch" aufgrund seines informativen Charakters unter der Rubrik "Sonstige Planzeichen" angeordnet bzw. als nachrichtliche Übernahme angelegt werden (gilt sowohl innerhalb als auch außerhalb des Änderungsbereiches).</p> <p>Hinweis der unteren Denkmalschutzbehörde Da durch das Planvorhaben Belange des Denkmal- / Bodendenkmalschutzes berührt sein können, ist als zuständiger TöB das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum im Verfahren zu beteiligen. Es gelten die Schutzbestimmungen des Brandenburgischen Denkmalschutzgesetzes.</p> <p>Hinweis: Bitte beachten Sie, dass unsere Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange nicht unsere Zuständigkeit als höhere Verwaltungsbehörde nach § 203 (3) BauGB i.V.m. der Baugesetzbuchzuständigkeitsverordnung vom</p>	<p>Bei der Darstellung handelt es sich um einen Layerfehler, die Signatur wird entsprechend der Anregung des Landkreises Ostprignitz-Ruppin entfernt.</p> <p>Kenntnisnahme und redaktionelle Korrektur.</p> <p>Kenntnisnahme. Das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologische Landesmuseum wurde ebenfalls am Planverfahren beteiligt.</p> <p>Kenntnisnahme</p>
----	------------------------------	------------	--	---

10	Landkreis Ostprignitz-Ruppin	14.01.2019	<p>Naturschutzzuständigkeitsverordnung (NatSchZustV) das Landesamt für Umwelt wahr.</p> <p>➤ Untere Abfallwirtschaftsbehörde Die 8. Änderung des FNP - Teilbereich "Fretzdorf - Steinstraße / Jägerstraße" wurde zur Kenntnis genommen.</p> <p>➤ Untere Wasserbehörde Der 8. Änderung des Flächennutzungsplanes Teilbereich "Fretzdorf - Steinstraße / Jägerstraße" der Stadt Wittstock kann in der vorliegenden Planung nicht zugestimmt werden, denn aus wasserrechtlicher Sicht liegen grundsätzliche Bedenken vor. Insbesondere bezieht sich hier die untere Wasserbehörde auf den Punkt 11 der Begründung zum Punkt Niederschlagswasser.</p> <p>Entsprechend dem Merkblatt "Berücksichtigung dezentraler Lösungen zur Niederschlagswasserentwässerung bei der Bebauungsplanung" veröffentlicht im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 46 vom 23.11.2011 sind dezentrale Lösungen zur Bewirtschaftung des Regenwassers anzustreben. Aufgrund des örtlich sehr hohen Grundwasserstandes ist eine Versickerung von gereinigtem Niederschlagswasser nur sehr begrenzt möglich. Deshalb sind auch Versickerungs- und Verdunstungsbecken vor die Ablaufleitung zum Oberflächengewässer (über den Graben II. Ordnung in die Dosse) gebaut worden.</p> <p>Die Beseitigung des Niederschlagswassers ist entsprechend § 66 BbgWG eine kommunale Pflichtaufgabe. Deshalb muss auch die Stadt Wittstock/Dosse für die bereits vorhandene Niederschlagswasserleitung eine wasserrechtliche Erlaubnis nach § 8 und 9 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) zur Einleitung in ein Oberflächengewässer bei der unteren Wasserbehörde beantragen. Es ist eine Pflichtaufgabe der Stadt Wittstock ein Gesamtkonzept mit den Anliegern zu erarbeiten und</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Durch das Büro GLI - GESELLSCHAFT FÜR LABORUND INGENIEURDIENSTLEISTUNGEN PRIGNITZ MBH wurde für das nördlich angrenzende Bebauungsplangebiet Nr. 04/2006 "Fretzdorf - Steinstraße" ein Baugrundgutachten erstellt, in welchem der Grundwasserflurabstand (GWFA) mit rund 90 cm bis 110 cm im Bereich direkt nördlich angrenzender Untersuchungspunkte ermittelt wurde, so dass für eine Versickerung ein ausreichender Flurabstand nicht gegeben war. Es kann davon ausgegangen werden, dass auch für die Flächen des hier bearbeiteten Bebauungsplangebiets ähnliche Grundwasserhöhen gegeben sind.</p> <p>Bei einem Termin bei der Unteren Wasserbehörde des Landkreises Ostprignitz-Ruppin am 12.04.2018 wurde die Thematik der Niederschlagswasserentsorgung zum Bebauungsplangebiet „Fretzdorf-Jägerstraße“, jedoch auch aller weiterer an dieselbe Vorflut angeschlossener Gewerbegebiete, besprochen. Vorgesehen ist, dass die bestehende Rohrleitung nördlich</p>
----	------------------------------	------------	--	--

10	Landkreis Ostprignitz-Ruppin	14.01.2019	<p>auch wasserrechtlich notwendige Reinigungs- und Verdunstungsanlagen entweder selbst vorzusehen oder diese von den Anliegern selbst zu fordern. Vorher ist das Gesamtsystem aufzunehmen und zu erkunden.</p> <p>Wiederholt hat die untere Wasserbehörde die Stadt Wittstock aufgefordert, ein Abwasserbeseitungskonzept für Niederschlagswasser entsprechend der Verwaltungsvorschrift vom 26.03.2014 des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zu erarbeiten. Dieses Konzept wäre die Grundlage für die Erteilung von wasserrechtlichen Erlaubnissen für die vorhandenen Einleitungsstellen. Im schon überfälligen Baugenehmigungsverfahren des Gemüsekontors Wittstock hat die untere Wasserbehörde eine Sonderlösung im Interesse der Bauherren zugestimmt. Erlaubnisinhaber für die vorhandene Leitung wird auf jeden Fall die Stadt Wittstock werden, so wie es gesetzlich vorgeschrieben ist.</p> <p>Die vorhandene Ablaufleitung DN 800 zum Vorfluter ist ursprünglich für die Ablaufleitung der vorhandenen Kläranlagen des Autohofes gebaut worden und wird in dieser Funktion auch weiter genutzt. Allerdings wird inzwischen die ursprünglich privat gebaute Kläranlagen vom abwasserbeseitigungspflichtigen Wasser- und Abwasserverband Wittstock betrieben. Es muss also bei einer Überrechnung auch die Kapazität der vorhandenen Kläranlagen und das Niederschlagswasser des Autohofes mit berücksichtigt werden.</p> <p>➤ Untere Bodenschutzbehörde</p> <p>Seitens der unteren Bodenschutzbehörde bestehen hinsichtlich der 8. Änderung des Flächennutzungsplanes - Teilbereich "Fretzdorf - Steinstraße / Jägerstraße" der Stadt Wittstock, folgende Bedenken.</p> <p>Im Rahmen der 8. Änderung des Flächennutzungsplanes soll ein Teil des Gebietes, welchem im derzeit wirksamen FNP gemäß § 11 BauNVO als "Sonstiges Son-</p>	<p>innerhalb des Bebauungsplanes von West nach Ost verlaufend künftig öffentlich durch die Stadt Wittstock gewidmet ist. Für daran einleitende Gewerbebetriebe ist im Falle eines Bauantrages eine Wasserrechtliche Erlaubnis einzuholen, die alle diesbezüglichen Belange wie Einleitmenge und ggf. vorherige Behandlung regelt.</p> <p>Bei Beachtung dieser Auflagen sind Beeinträchtigungen von Grund- und Oberflächengewässer nicht zu erwarten.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>
----	------------------------------	------------	--	--

10	Landkreis Ostprignitz-Ruppin	14.01.2019	<p>dergebiet Gartenbau" ausgewiesen ist, zukünftig als "Mischgebiet" gemäß § 6 BauNVO ausgewiesen werden.</p> <p>Gemäß § 6 Baunutzungsverordnung (BauNVO), dienen Mischgebiete dem Wohnen und der Unterbringung von Gewerbebetrieben, die das Wohnen nicht wesentlich stören. Nach § 6, Absatz 2 ist u.a. die Errichtung von Wohngebäuden, sowie Anlagen für Verwaltungen sowie für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke zulässig. Damit wird der entsprechende Bereich einer sensiblen Nutzung zugeführt.</p> <p>Um einer solchen Umnutzung zuzustimmen, muss zur Gefahrenbeurteilung der Wirkungspfad Boden - Mensch betrachtet werden. Durch den jahrelangen Gartenbaubetrieb auf dem Gelände, kann die Exposition z.B. von Pflanzenschutzmitteln, Düngern etc. und somit auch das Vorhandensein einer schädlichen Bodenveränderung nicht ausgeschlossen werden. Schädliche Bodenveränderungen sind Beeinträchtigungen der Bodenfunktionen, die geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für den einzelnen oder die Allgemeinheit herbeizuführen. Informationen hierzu liegen der unteren Bodenschutzbehörde für das Gelände bisher nicht vor. Zur Ausräumung oder ggf. zur Bestätigung dieses Verdachts ist die Fläche nach den Vorgaben der Bundesbodenschutzverordnung zu untersuchen.</p> <p>Die untere Bodenschutzbehörde wird nach Vorlage der Untersuchungsergebnisse über eine Umnutzung entscheiden.</p>	<p>Eine entsprechende Gefahrenbeurteilung wird im Rahmen der Bauleitplanung erstellt.</p> <p>Entsprechend der Anregung der unteren Bodenschutzbehörde (UBB) wurde auf Grundlage der Abstimmung mit dieser Behörde durch das Sachverständigenbüro ARLT, Alt Ruppin ein Gutachten erstellt, das mögliche schädliche Bodenveränderungen im festgesetzten Mischgebiet prüft. Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass in allen Teilbereichen und in beiden Bodenhorizonten bei keinem Parameter die Prüfwerte für Wohngebiete und erst recht nicht für Park- und Freizeitanlagen überschritten wurden.</p> <p>Die Untersuchungsergebnisse sind im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens der UBB zur Prüfung und Entscheidung übergeben worden. Als Ergebnis wurde in der ergänzenden Stellungnahme zum Bebauungsplan durch die UBB die Zustimmung zur beabsichtigten Festsetzung eines Mischgebietes für den ausgewiesenen Bereich erteilt.</p>
11	Deutsche Telekom Technik GmbH	08.01.2019	<p>Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i.S.v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und</p>	<p>Kenntnisnahme.</p>

11	Deutsche Telekom Technik GmbH	08.01.2019	<p>dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o.g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien (TK-Linien) der Telekom. Die Belange der Telekom - z.B. das Eigentum der Telekom, die ungestörte Nutzung ihres Netzes sowie ihre Vermögensinteressen - sind betroffen.</p> <p>Der Bestand und der Betrieb der vorhandenen TK-Linien müssen weiterhin gewährleistet bleiben.</p> <p>Für zukünftige Erweiterungen des Telekommunikationsnetzes sind allen Verkehrswegen geeignete und ausreichende Trassen für die Unterbringung der Telekommunikationslinien der Telekom vorzusehen.</p> <p>Wir bitten Sie, uns den festgesetzten Plan mit Erläuterungsbericht zu übersenden.</p> <p>Zur Vereinfachung des Schriftverkehrs mit den TöB können Sie ab sofort das Leitungsauskuftsportal der infrest GmbH unter www.infrest.de nutzen, unter dem Sie alle Leitungsträger mit einer Anfrage gleichzeitig erreichen können.</p> <p>Benötigen Sie noch weitergehende Informationen oder haben Sie Fragen, dann rufen Sie uns bitte unter Tel.-Nr.: 030/8353-79021 zurück oder senden uns eine E-Mail an "Planauskunft_brandenburg@telekom.de".</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme und Beachtung im Rahmen des Vollzuges der Bebauungsplanung.</p> <p>Kenntnisnahme und Beachtung im Rahmen des Vollzuges der Bebauungsplanung.</p> <p>Kenntnisnahme und Beachtung.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>
12	NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG	03.12.2018	Die WGI GmbH wird von der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG (nachfolgend NBB genannt) beauftragt, Auskunftersuchen zu bearbeiten und handelt namens und in Vollmacht der NBB. Die NBB handelt im Rahmen der ihr übertragenen Netzbetreiber-	Kenntnisnahme.

12	NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG	03.12.2018	<p>verantwortung namens und im Auftrag der GASAG AG, der EMB Energie Mark Brandenburg GmbH, der Stadtwerke Bad Belzig GmbH, der Gasversorgung Zehdenick GmbH, der SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH, der NGK Netzgesellschaft Kyritz GmbH, der Netzgesellschaft Hohen Neuendorf (NHN) Gas mbH & Co. KG, der Rathenower Netz GmbH, der Netzgesellschaft Hennigsdorf Gas mbH (NGHGas), der Stadtwerke Forst GmbH und der Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH & Co. KG.</p> <p>Im Bereich Ihrer geplanten Baumaßnahme liegen keine Anlagen der NBB.</p> <p>Aussagen zu Anlagen anderer Versorgungsunternehmen bzw. Netzbetreiber können wir nicht treffen. Hierzu sind von Ihnen gesonderte Auskünfte einzuholen.</p> <p>Sollte der Geltungsbereich Ihrer Auskunftsanfrage verändert werden, oder der Arbeitsraum den dargestellten räumlichen Bereich überschreiten, ist der Vorgang erneut zur Erteilung einer Auskunft der NBB vorzulegen.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>
13	Wasser- und Abwasserverband Wittstock	05.12.2018	<p>Bezug nehmend auf Ihr Schreiben vom 29.11.2018 nehmen wir zum o.g. Flächennutzungsplan Nr. 01/2012 "8. Änderung des Flächennutzungsplanes Fretzdorf - Steinstraße / Jägerstraße" wie folgt Stellung:</p> <p>Für die unsererseits wahrzunehmenden Belange hinsichtlich der Trinkwasserver- und Schmutzwasserversorgung weisen wir darauf hin, dass, wie Ihnen bereits bekannt ist, die Ver- und Entsorgung im Gewerbegebiet Fretzdorf sichergestellt ist.</p> <p>Die bestehenden Hausanschlüsse für Trink- und Abwasser sind weiterhin zu nutzen, unter der Voraussetzung, dass diese noch den anerkannten Regeln der Technik</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>

13	Wasser- und Abwasserverband Wittstock	05.12.2018	<p>entsprechen.</p> <p>Abschließend ist allgemein festzuhalten, dass der Anschluss an unsere Anlagen sowie die Ver- und Entsorgung generell nach unseren gültigen Satzungen zu erfolgen hat.</p> <p>Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.</p>	<p>Kenntnisnahme und Beachtung.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>
14	Wasser- und Bodenverband „Dosse-Jäglitz“	04.01.2019	<p>Im Bereich des geänderten Flächennutzungsplanes (FNP) befinden sich keine Gewässer II. Ordnung.</p> <p>Die Regenentwässerung des Gewerbegebietes zwischen Bahnstrecke, Teetzer Straße, BAB 24 und L 18 erfolgt über eine Rohrleitung zur Teetzer Straße in Fretzdorf. Es muss gewährleistet werden, dass keine Schadstoffe (Öl, Benzin, Diesel, Chemikalien, usw.) über diese Rohrleitung in den Graben 1-64 und weiter in die Dosse eingeleitet werden. Vor Einleitung in den offenen Graben sollte ein Sandfang angeordnet werden, um zu verhindern, dass Schwemm- und Schwebstoffe eingeleitet werden.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung.</p>
15	Zentraldienst der Polizei Brandenburg Kampfmittelbeseitigungsdienst	11.12.2018	<p>Zur Beplanung des o.g. Gebietes bestehen keine grundsätzlichen Einwände.</p> <p>Bei konkreten Bauvorhaben ist bei Notwendigkeit eine Munitionsfreigabebescheinigung beizubringen. Darüber entscheidet die für das Baugenehmigungsverfahren zuständige Behörde auf der Grundlage einer vom Kampfmittelbeseitigungsdienst erarbeiteten Kampfmittelverdachtsflächenkarte.</p> <p>Diese Einschätzung gilt auch für zukünftige Änderungen dieses Planes.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme. In der Begründung wird entsprechend ausgeführt.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>

16	Deutscher Wetterdienst	12.12.2018	<p>Im Namen des Deutschen Wetterdienstes (DWD) bedanke ich mich für die Beteiligung als Träger öffentlicher Belange am Genehmigungsverfahren zum Flächennutzungsplan Nr. 01/2012 "8. Änderung des Flächennutzungsplanes - Teilbereich Fretzdorf - Steinstraße / Jägerstraße" und nehme hierzu wie folgt Stellung.</p> <p>Das geplante Vorhaben beeinträchtigt nicht den öffentlich-rechtlichen Aufgabenbereich des Deutschen Wetterdienstes.</p> <p>Deshalb werden dagegen keine Einwände erhoben.</p> <p>Sofern Sie für Vorhaben in Ihrem Einzugsgebiet amtliche klimatologische Gutachten für die Landes-, Raum- und Städteplanung, für die Umweltverträglichkeit (UVP) o.ä. benötigen, können Sie diese bei uns in Auftrag geben bzw. Auftraggeber in diesem Sinne informieren.</p> <p>Für eventuelle Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner des DWD gerne zur Verfügung.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen - nicht abwägungsrelevant.</p> <p>Keine erneute Beteiligung, da nicht berührt.</p>
17	BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH Brandenburg/Berlin	12.12.2018	<p>Für die Informationen zu o.g. Vorhaben bedanken wir uns. Zu den zugeschickten bzw. im Internet bereitgestellten Unterlagen nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Belange der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) werden durch die Planung nicht berührt.</p> <p>Von weiteren Beteiligungen im Rahmen des Aufstellungsverfahrens bitten wir abzusehen, sofern damit nicht eine erhebliche Ausweitung des Geltungsbereichs verbunden ist.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen - nicht abwägungsrelevant.</p> <p>Keine erneute Beteiligung, da nicht berührt.</p>
18	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Facility Management	18.12.2018	<p>In der vorstehenden Angelegenheit teile ich Ihnen mit, dass öffentliche Belange von der Planung nicht berührt werden.</p> <p>Im Übrigen berührt meine Stellungnahme nicht die Interessen anderer Bundesverwaltungen und des Landesvermögens.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen - nicht abwägungsrelevant.</p> <p>Keine erneute Beteiligung, da nicht berührt.</p>

19	Amt Meyenburg für die Gemeinden Halenbeck-Rohlsdorf und Meyen- burg	14.01.2019	Die Gemeinde Halenbeck-Rohlsdorf und die Gemeinde Meyenburg haben keine Einwände, Anregungen und Hinweise zu o.g. Planverfahren.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen - nicht abwägungsrelevant. Keine erneute Beteiligung, da nicht berührt.
20	Amt Röbel-Müritz für die Gemeinde Buchholz	15.01.2019	Zur 8. Änderung des Flächennutzungsplanes Nr. 01/2012 Teilbereich Fretzdorf - Steinstraße / Jägerstraße" der Stadt Wittstock/Dosse gibt es seitens der Gemeinde Buchholz keine Anregungen und Hinweise. Wahrzunehmende planungsrechtliche Belange und Entwicklungsziele der Gemeinde Buchholz werden durch die vorliegende Planung nicht berührt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen - nicht abwägungsrelevant. Keine erneute Beteiligung, da nicht berührt.
21	Amt Röbel-Müritz für die Gemeinde Grabow-Below	15.01.2019	Zur 8. Änderung des Flächennutzungsplanes Nr. 01/2012 Teilbereich Fretzdorf - Steinstraße / Jägerstraße" der Stadt Wittstock/Dosse gibt es seitens der Gemeinde Grabow-Below keine Anregungen und Hinweise. Wahrzunehmende planungsrechtliche Belange und Entwicklungsziele der Gemeinde Grabow-Below werden durch die vorliegende Planung nicht berührt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen - nicht abwägungsrelevant. Keine erneute Beteiligung, da nicht berührt.
22	Amt Röbel-Müritz für die Gemeinde Lärz	15.01.2019	Zur 8. Änderung des Flächennutzungsplanes Nr. 01/2012 Teilbereich Fretzdorf - Steinstraße / Jägerstraße" der Stadt Wittstock/Dosse gibt es seitens der Gemeinde Lärz keine Anregungen und Hinweise. Wahrzunehmende planungsrechtliche Belange und Entwicklungsziele der Gemeinde Lärz werden durch die vorliegende Planung nicht berührt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen - nicht abwägungsrelevant. Keine erneute Beteiligung, da nicht berührt.
23	Amt Röbel-Müritz für die Gemeinde Schwarz	15.01.2019	Zur 8. Änderung des Flächennutzungsplanes Nr. 01/2012 Teilbereich Fretzdorf - Steinstraße / Jägerstraße" der Stadt Wittstock/Dosse gibt es seitens der Gemeinde Schwarz keine Anregungen und Hinweise. Wahrzunehmende planungsrechtliche Belange und Entwicklungsziele der Gemeinde Schwarz werden durch die vorliegende Planung nicht berührt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen - nicht abwägungsrelevant. Keine erneute Beteiligung, da nicht berührt.

24	Amt Röbel-Müritz für die Gemeinde Wredenhagen	15.01.2019	Zur 8. Änderung des Flächennutzungsplanes Nr. 01/2012 Teilbereich Fretzdorf - Steinstraße / Jägerstraße" der Stadt Wittstock/Dosse gibt es seitens der Gemeinde Wredenhagen keine Anregungen und Hinweise. Wahrzunehmende planungsrechtliche Belange und Entwicklungsziele der Gemeinde Wredenhagen werden durch die vorliegende Planung nicht berührt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen - nicht abwägungsrelevant. Keine erneute Beteiligung, da nicht berührt.
25	Amt Temnitz für die Gemeinden Dabergotz, Märkisch-Linden, Storbeck-Frankendorf, Temnitz- quell, Temnitztal und Walsleben	11.12.2018	Ich bedanke mich für Ihr Schreiben per E-Mail vom 29.11.2018 Nach Prüfung der online einsehbaren Unterlagen zum o.g. Bauleitplanverfahren teile ich Ihnen mit, dass die von der Amtsverwaltung, stellvertretend für die Gemeinde Temnitzquell, wahrzunehmenden öffentlichen Belange als Nachbargemeinde durch Ihre Planung nicht berührt werden. Die weitere Beteiligung der Gemeinde Temnitzquell des Amtes Temnitz an dem o.g. Bauleitplanverfahren ist daher nicht erforderlich.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen - nicht abwägungsrelevant. Keine erneute Beteiligung, da nicht berührt.
26	Stadt Rheinsberg	11.12.2018	Vielen Dank für die Beteiligung als Nachbargemeinde. Zu dieser o.g. Planung gibt es keine Anregungen oder Hinweise. Unmittelbare Auswirkungen auf planungsrechtliche Belange und Entwicklungsziele der Stadt Rheinsberg sind nicht zu erkennen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen - nicht abwägungsrelevant. Keine erneute Beteiligung, da nicht berührt.